# Hände weg vom ROTEN MORGEN!

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 28 vom 13. Juli 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

# Weil der ROTE MORGEN die Wahrheit schreibt: Beschlagnahmt!

„Wenn ich sterbe, dann sagt ihnen die Wahrheit: Die Polizei hat mich erschlagen!" „Trauerzug zu Ehren des Genossen Routhier von Polizeiknüppeln zerschlagen!" „Die Polizei hat ihn erschlagen! Ihr Terror macht vor dem Grab nicht halt!" ‚Hetzlügen und Terror können die Wahrheit nicht unterdrücken: Es ist die Polizei, die mordet!"

Das sind die Schlagzeilen der letzten drei Ausgaben sowie eines Extrablattes des ROTEN MORGEN, die von der Bourgeoisie beschlagnahmt worden sind. In 15 bis 20 Städten fiel die Polizei brutal über die Genossen her, die den ROTEN MORGEN wie immer an den Werkstoren und an den Straßenständen verkauften, noch bevor die Genossen überhaupt wußten, daß der ROTE MORGEN, den sie verkauften, beschlagnahmt war. Ein hinterhältiger Angriff auf das Zentralorgan der KPD/ML, den ROTEN MORGEN.

In einer Stellungnahme des Dortmunder Staatsanwaltes zur Ausgabe Nr.26 heißt es: ‚In dieser Ausgabe wird der Duisburger Polizei ein ‚brutaler Polizeieinsatz', ‚faschistischer Terror', ‚Gestapo-Methoden' und vor allem ‚Mord' an dem Mitglied der KPD/ML, Günter Routhier, vorgeworfen. Diese Vorwürfe enthalten die Tatbestände der Beleidigung, üblen Nachrede und Verleumdung nach Paragraph...

Beleidigung? Kann man diese Polizei überhaupt beleidigen? Diese Polizei, die hinterhältig den Genossen Routhier erschlagen hat? Die sich nicht scheut, über einen Trauerzug herzufallen, Kränze zu zertrampeln, Trauergäste gleich welchen Alters niederzuknüppeln. **Beleidigt man einen Faschisten, wenn man ihn Faschisten, beleidigt man einen Mörder, wenn man ihn Mörder nennt?**

Üble Nachrede? Verleumdung? Sollen sie doch die Duisburger Bevölkerung fragen, die aus dem Arbeitsgericht die Schreie hörte, als auf den Genossen Günter Routhier und andere eingeschlagen wurde, die miterlebt hat, wie bei dem Trauerzug die Knüppel auf alles niederprasselten, was sich ihnen bot. Und sie werden die Antwort bekommen, die tausendfach in ganz Westdeutschland zu hören war, wenn die Menschen sahen, wie die Polizei mit brutalen Einsätzen versuchte, die Wahrheit über den Mord an dem Genossen Günter Routhier zu unterdrücken: ‚Das ist ja wie 33! Die sind genau wie die SS!"

Daß diese Antwort tausendfach in ganz Westdeutschland ertönte, daran hat der ROTE MORGEN, das Zentralorgan der KPD/ML, allerdings großen Anteil. Die bürgerlichen Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen, errichteten eine Mauer des Schweigens. der ROTE MORGEN aber rief die letzten Worte des Genossen Günter Routhier hinaus: „Wenn ich sterbe, sagt ihnen die Wahrheit: Die Polizei hat mich erschlagen!" Und die Massen hörten, lasen das und waren empört. Bereits nach wenigen Tagen war die Auflage vergriffen. Der ROTE MORGEN hatte eingeschlagen, die Mauer des Schweigens durchbrochen und mobilisierte zum Kampf gegen den Mord an Genossen Günter, zum Kampf gegen die Faschisierung, gegen die Diktatur der Bourgeoisie.

Die Bourgeoisie mußte erkennen, wie trotz ihrer Schweigemauer, trotz ihrer Lügen und Verdrehungen die Massen sich empörten. Und sie erkannte die Gefahr, **die für sie von der mobilisierenden Wirkung des ROTEN MORGEN ausging. Deshalb richtete sie ihren Angriff gegen das Zentralorgan der Partei, versuchte sie, durch ihr Verbreitungsverbot, den ROTEN MORGEN zu illegalisieren.**

Um die Genossen, die den ROTEN MORGEN verkaufen, ohne Vorwarnung überfallen zu können, wurde der verantwortliche Chefredakteur des ROTEN MORGEN z.B. erst am 6.7.74 offiziell darüber informiert, daß die Auflage des ROTEN MORGEN Nr.26 durch Beschlüsse des Amtsgerichts München und Bielefeld beschlagnahmt ist. Aber bereits seit dem 29.6. wurden die ROTE MORGEN-Verkäufer in vielen Städten von Polizeitrupps überfallen, verprügelt, zusammengeschlagen, oft auch verhaftet, weil sie „beschlagnahmte Ausgaben" verkaufen würden.

Für den Polizeiterror, der in vielen Städten gegen die Genossen, die den ROTEN MORGEN verkauften, ausgeübt wurde, steht das folgende Beispiel aus Oberhausen:

Zu Beginn der Nachtschicht steht Genosse Winfried vor einem Tor von Thyssen-Niederrhein-Oberhausen und verteilt die Extrablätter des ROTEN MORGEN zur Beerdigung des Genossen Günter Routhier. Zwei Polizisten im VW-Bus fahren vor, springen heraus und gehen auf den Genossen los, ohne zu sagen, was sie eigentlich wollen. Sie schlagen ihn immer wieder auf den Kopf, werfen ihn zu Boden, brechen ihm einen Finger und würgen ihn, damit er nicht mehr um Hilfe rufen kann.

Fortsetzung auf Seite 4

# Sie haben die Sportbegeisterung missbraucht

Zwei Tore von Müller und Breitner haben den Sieg gebracht. Millionen haben sich über diesen Sieg gefreut, gejubelt und vorher gebebt. Die meisten von ihnen haben dieses Spiel als den Wettkampf zwischen den Mannschaften zweier Völker angesehen, und haben ihrer Mannschaft die Daumen gedrückt. Sie haben sich ehrlich über die Leistungen in der ersten Halbzeit gefreut und sich über das Absinken in der zweiten geärgert. Und wenn die Holländer gewonnen hätten, dann wär das auch nicht so schlimm für sie gewesen.

Aber es gab auch andere.

Sie haben die Sportbegeisterung der Mehrheit des Volkes ausgenutzt, für ihre Zwecke, das Volk noch mehr zu unterdrücken, die Klassengegensätze zu verwischen und einen chauvinistischen Nationalismus anzuheizen. Es fängt damit an, daß sie den Fußballsport zu einer Geschäftemacherei von bezahlten Profis deformieren wollen und es gerade auch beim Spitzenfußball getan haben. Es geht damit weiter, daß die ‚Bild'zeitung mit ihrer ‚Deutschland, Deutschland über alles'-Parole versucht, aus dem natürlichen Daumendrücken für die Mannschaft des eigenen Landes etwas ganz anderes zu machen, nämlich andere Völker als ‚Gegner' den man kaputtschlagen muß, hinzustellen, um vom wirklichen Gegner der arbeitenden Bevölkerung – der Kapitalistenklasse – abzulenken. Auch soll damit ein falsches Bewußtsein der Hochmütigkeit gegenüber anderen Nationen gezüchtet werden, um die Freundschaft der Völker zu unterhöhlen, und um dem proletarischen Internationalismus entgegenzuwirken. Wenn die ‚Hohen Herren' von Schmidt bis Kissinger sich ins Stadion begeben, dann doch nicht aus wirklichem Interesse am Spiel. Das hat einmal den Grund, so zu tun, als stünde der Fußballsport über den Klassen, und als säßen sie und wir wenigstens in diesem Falle alle in einem Boot. Doch das tun wir nie, auch nicht in diesem Fall.

Wir wollen einen fairen und freundschaftlichen Wettkampf der Mannschaften zweier Völker. Sie wollen die Show, den Sieg um jeden Preis, um auch über den Umweg ‚Fußball' dem imperialistischen Deutschland wieder Rang und Namen zu verschaffen. Sie würden das gerne sehen, wenn ‚wir über dem Fußball den Klassenkampf vergessen würden nach dem Motto: Gebt den Proleten Brot und Spiele, dann halten sie schon ruhig. **Doch eines ist sicher: Auch wenn ihre verzweifelten Versuche, die Arbeiterklasse vom Kampf um ihre Interessen abzulenken heute noch teilweise Erfolg haben, sind sie gewiß zum Scheitern verurteilt. Denn so, wie schon damals die Rechnung der römischen Kaiser nicht aufging, geht auch ihre nicht auf. Ihre mächtigen Polizeiaufgebote zeigen deutlich ihre große Angst vor dem Volk – ihre berechtigte Angst.**

**Siehe auch Seite 2: Gespräch mit dem Trainer der albanischen Fußballnationalmannschaft.**

## Polizeiterror soll Mord vertuschen

# Angst vor der Empörung der Massen

**Von Kiel bis München: Wo Flugblattverteiler, RM-Verkäufer, AP-Trupps der Partei auftauchen, werden sie von der Polizei überfallen, festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt, häufig zusammengeschlagen. In Bielefeld wird ein Genosse der Liga gegen den Imperialismus so schwer geschlagen, daß ihm ein Trommelfell platzt. Anschließend wird ihm mitgeteilt, er sei irrtümlich festgenommen worden. Nicht nur das Zentralorgan unserer Partei, Roter Morgen, wird beschlagnahmt, die Polizei versucht die Verteilung jedes Flugblattes, jeder Broschüre, jedes Plakates zu verhindern.**

Büros der Partei in Hamburg, München und Westberlin, politische Buchhandlungen in Hannover und Kiel werden überfallen. Autos von Genossen werden ohne jeden besonderen Anlaß angehalten und durchsucht. An zig Straßenecken in Einkaufszentren und vor den Betrieben sammeln sich Leute um die Genossen der Partei. Die Polizei treibt die spontanen Ansammlungen vielerorts auseinander. Sie trifft auf die Empörung von Menschen, die es zum Teil nicht glauben konnten, daß die Polizei in Duisburg einen Arbeiter, unseren Genossen Günter Routhier, erschlagen, den Trauerzug mit brutaler Gewalt überfallen haben soll und die sich jetzt selbst dem Terror der Schlägerbanden des Kapitals ausgesetzt sehen.

Für jeden, der diesen Terror der Polizei erlebt, wird es zur Gewißheit: Die Kommunisten sagen die Wahrheit. Ein Arbeiter wurde von der Polizei erschlagen, weil er mit seiner Partei, der KPD/ML, im Duisburger Arbeitsgericht für das Recht seiner Klasse kämpfte. Und diese Wahrheit, die an hunderten Wänden geschrieben steht, die Polizei und Stadtverwaltung fieberhaft zu entfernen suchen, weckt nicht nur Empörung. Die Menschen stehen vor den Plakaten der Partei, sehen das Photo des ermordeten Genossen: Kein „Radikalinski", kein „Chaot" und „Revoluzzer" – Genosse Günter Routhier entspricht in keiner Weise dem Zerr-

Fortsetzung auf Seite 8

## Gespräch mit albanischen Fußballtrainer

Vor kurzem fand in Frankfurt eine Tagung der FIFA statt. Es ging darum, endlich die legitimen Rechte der VR China auch in der FIFA durchzusetzen. (Siehe auch den Redebeitrag des Vertreters der VR Albanien auf dieser Seite).

Anläßlich dieses Besuches ergab sich für einige Gelsenkirchner Genossen der KPD/ML die Möglichkeit, unter anderem mit dem Trainer der albanischen Fußballnationalmannschaft über den Sport im Sozialismus zu sprechen. Die Genossen berichten:

„Welche Aufgabe hat der Sport im Sozialismus?" Diese Frage stand am Beginn unseres Gespräches. Die Genossen erklärten uns, daß der Sport der körperlichen Ertüchtigung und der Volksgesundheit dient und somit der Verteidigung des Vaterlandes, dem weiteren Aufbau des Sozialismus.

Gemäß der Weisung Enver Hoxhas wird im Sport von der Massenlinie ausgegangen. Die sportliche Betätigung ist nicht Sache eines Einzelnen oder auch einer einzelnen Gruppe, sondern Anliegen des gesamten albanischen Volkes.

**Bei uns im kapitalistischen Westdeutschland wird zwar viel von der Förderung des Sports geredet. Die einzigen, die aber wirklich gefördert werden, sind die Leistungssportler. Wie ist das in Albanien?** — Die Genossen berichteten, daß der Sport- und Turnbewegung der Massen die besondere Aufmerksamkeit der Organe der Partei, des Staates und der Gewerkschaften gilt. Jeder Betrieb, jede Schule hat angegliederte Sportstätten, die vom Staat eingerichtet werden. Vor der Arbeit treffen sich die Werktätigen zu Leibesübungen. Es werden betriebliche Wettkämpfe ausgetragen.

**Warum beteiligen sich albanische Sportler an Wettkämpfen?** — In Albanien gibt es keinen finanziellen Anreiz, sich an Wettkämpfen zu beteiligen. Es ist die Freude am Sport und die Anerkennung durch die Kameraden, die die albanischen Sportler bei ihren Leistungen anspornt. Da macht auch die Fußballnationalmannschaft keinen Unterschied. Ihre Spieler gehen aus den Reihen der Werktätigen hervor. Sie arbeiten meist 5 Stunden im Betrieb und haben drei Stunden Training, bekommen aber 8 Stunden bezahlt. Außerdem bekommen sie vor Wettkämpfen das Essen frei, weil sie da eine besonders proteinhaltige Kost benötigen. Die tägliche Arbeit im Betrieb dient der Verbindung mit den Massen. Niemand könnte in Albanien in der Nationalmannschaft Spieler sein, der als „Star" hochmütig auf die Werktätigen herabblickt. Undenkbar ist in Albanien, was bei uns zum Alltag gehört: daß die Ergebnisse von Spielen schon feststehen, bevor das Spiel überhaupt angefangen hat, weil es vorher durch Bestechungssummen ausgehandelt worden ist.

**Wir sind es von den westdeutschen Fußballmannschaften gewohnt, daß der Trainer der unumstrittene Herr über die Mannschaft ist. Und in Albanien?** — Hier bestimmt das Kollektiv. Hat jemand etwas falsch gemacht, wird er kritisiert — auch wenn es der Trainer ist — und ihm wird geholfen, seinen Fehler einzusehen und zu berichtigen. Die Spielführung, die Mannschaftsaufstellung — alles wird vom Kollektiv diskutiert. Auf der Grundlage einer breiten Diskussion erst wird ein Plan festgelegt, der dann auch von allen durchgeführt werden muß. So ist es nicht nur im Sport, sondern auch in der Produktion. Auch hier kann jeder seine Meinung zu den Plänen beitragen.

Gerade angesichts des Rummels um den Fußballsport, den wir jetzt während der Fußballweltmeisterschaft erlebt haben, hat uns dieses Gespräch über den Sport im sozialistischen Albanien sehr beeindruckt.

**Als wir uns von den albanischen Genossen verabschiedeten, schenkten sie uns noch eine traditionelle Handarbeit aus Albanien. Wir überreichten ihnen eine Kohlezeichnung aus einem Bergwerk, da Gelsenkirchen eine alte Bergarbeiterstadt ist.**

### REDE DER ALBANISCHEN DELEGATION VOR DEM FIFA-KONGRESS

Herr Vorsitzender!

Vor der Vollversammlung des Kongresses unserer Föderation wurde die äußerst wichtige Frage der Wiederherstellung der legitimen Rechte der Fußballföderation der Volksrepublik China in den Reihen dieser Föderation zur Erörterung unterbreitet.

Man kann es als anachronistisch bezeichnen, daß jetzt, zu einer Zeit, in der die legitimen Rechte der Volksrepublik China im überwiegenden Großteil der internationalen Organisationen wiederhergestellt worden sind, in den Reihen dieser Föderation noch immer die Elemente einer verräterischen Clique verbleiben, die sich total an den US-Imperialismus verkauft hat, ein für alle Mal vom chinesischen Volk hinweggefegt worden ist und sich jetzt in der chinesischen Insel Taiwan, unter der Waffenverteidigung der Vereinigten Staaten von Amerika, verkrochen hat. **Die Delegation der Volksrepublik Albanien protestiert mit Nachdruck gegen die Anwesenheit der sogenannten Vertreter der Fußball-Föderation Taiwans in diesem Saal, denn Taiwan ist ein untrennbarer Bestandteil des Territoriums Chinas. Die Delegation der Volksrepublik Albanien fordert entschieden, daß die Vertreter der Fußball-Föderation der Volksrepublik Chinas, des großen, 700 Millionen starken chinesischen Volkes, ihre gebührende Stelle in unserer Föderation einnehmen.** Es ist bekannt, daß die Tschiang Kai Tschek Clique, die sich auf der Insel Taiwan verkrochen hat, eine Gruppe von Verrätern ist, die nichts vertritt außer sich selbst.

Wenn unsere Föderation so handelt, wie es dem Recht und der bestehenden Realität entspricht, würde sie damit einen Akt unternehmen, aus dem diese Föderation selbst Vorteile ziehen würde, denn bis jetzt kann sie nicht in den Genuß des Beitrages der Fußball-Föderation der Volksrepublik China bei der korrekten Lösung der vor ihr stehenden Fragen kommen.

Dank seiner beharrlichen Arbeit hat das große chinesische Volk großartige Erfolge auf allen Gebieten errungen. Die Körperkultur und der Sport in der Volksrepublik China nehmen eine wichtige Stelle im Leben des chinesischen Volkes ein, dem alle Bedingungen geschaffen wurden,sein Niveau weiter zu heben und zu entwickeln. Wir alle sind informiert über die großen Resultate von Weltrang, die die begabten chinesischen Sportler erreicht haben. Eine starke Entwicklung erfährt in der Volksrepublik China gegenwärtig auch der beliebte Fußballsport.

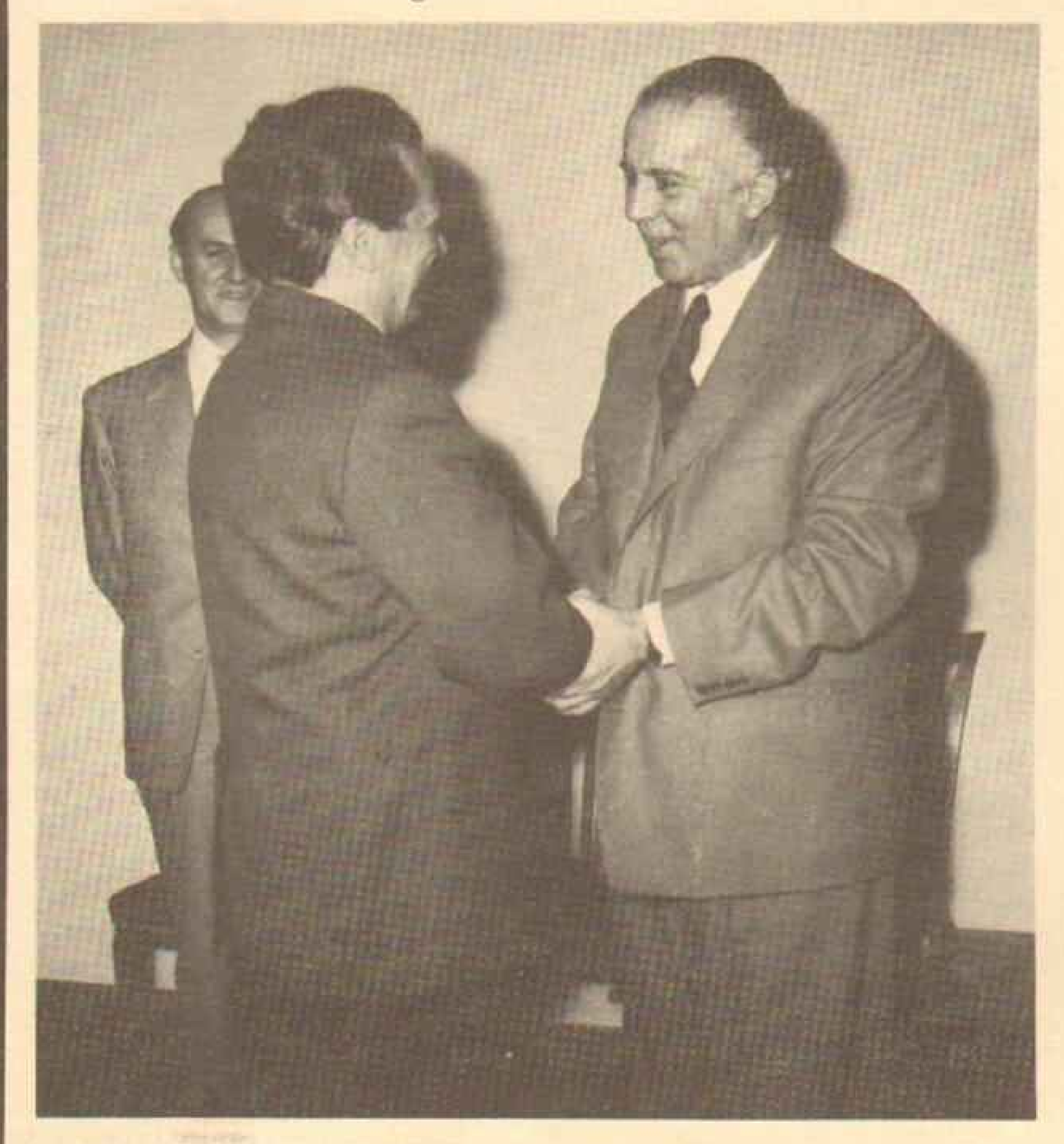
Die albanische Delegation möchte abschließend auch die Notwendigkeit und die dringende Aufgabe unserer Föderation betonen, ein für allemal dieser unnormalen Lage, die in unserer Organisation geschaffen worden ist, ein Ende zu setzen. **Die albanische Delegation fordert die unverzügliche Entfernung der Vertreter der Tschiang Kai Tschek-Clique, deren Stelle die Vertreter der Fußballföderation der Volksrepublik China, die legitimen Vertreter des großen chinesischen Volkes, einnehmen müssen.**

## Prozeß gegen Ernst Aust Vorsitzender der KPD/ML

# Geheimjustiz verhindert

**Am Mittwoch, den 3. Juli, fand vor dem Würzburger Landgericht die Berufungsverhandlung des Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Ernst Aust statt, in der er die Aufhebung des Urteils der ersten Instanz forderte, da er von der Verhandlung ausgeschlossen war.**

**Der Prozeß endete mit einem Erfolg für Genossen Ernst, für die Partei: das Urteil der ersten Instanz muß aufgehoben und der Prozeß noch einmal aufgerollt werden.**



**Anläßlich des Besuchs einer ZK-Delegation in Albanien wird Genosse Ernst Aust vom Vorsitzenden der PAA, Genossen Enver Hoxha, herzlich begrüßt.**
(Im Hintergrund Ramiz Alia)

Um was ging es? Weil am 23. 10. 1972 im ROTEN MORGEN zu lesen war, daß bei dem Massaker von Fürstenfeldbruck nicht nur arabische Freiheitskämpfer, sondern auch die israelischen Geiseln von der Polizei erschossen wurden, erhielt Genosse Ernst Aust, damals Chefredakteur des ROTEN MORGEN, einen Strafbefehl über 5.400 DM. Die Klassenjustiz wollte unbedingt verhindern, daß es zu einem politischen Prozeß kommt, in dem Genosse Ernst, in dem die Partei die Wahrheit über Fürstenfeldbruck, über Polizeiterror und Faschisierung beweist. So nutzte sie eine Krankheit des Genossen Ernst aus, schickte ihm einen Gerichtsarzt, der ihn einfach verhandlungsfähig schrieb, ohne Ernst davon zu unterrichten und verhandelte dann ohne ihn, verurteilte ihn nach den Methoden der Geheimjustiz. Dagegen hatte Genosse Ernst Berufung eingelegt.

**Zu Beginn der Verhandlung ergriff Genosse Ernst das Wort und zeigte an der Ermordung des Genossen Günter Routhier, „daß die Polizei aufgebaut und erzogen von ehemaligen Nazis und SS-Führern, ausgerichtet und gedrillt ist auf den hemmungslosen Einsatz gegen das Volk, die Arbeiterklasse, vor allem ihre fortschrittlichen, ihre kommunistischen Vertreter". In seiner Rede forderte Ernst die Anwesenden auf, sich zu einer Gedenkminute für den ermordeten Arbeiter Günter Routhier von den Plätzen zu erheben. Während die Zuschauer sich erhoben, um des Genossen Günter zu gedenken, packten Richter und Staatsanwalt ihre Sachen und verließen schnurstracks den Saal.**

Fortsetzung auf Seite 7

## Beim Münchner Prozeß gegen D'K'P-Funktionär Hankhofer

# Ministerhilfe für D'K'P

**Vor dem Amtsgericht München steht der Münchner D„K"P-Vorsitzende Hankhofer, angeklagt wegen „übler politischer Nachrede": Einen Tag vor der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen den damaligen Bundeskanzler Brandt hatte die D„K"P in einem Flugblatt gesagt, die CDU/CSU hätte Abgeordnete gekauft, mit kriminellen Fälschungen gearbeitet und sei ein Komplott mit neonazistischen Kräften eingegangen.**

Um was ging es 1972, kurz vor dem Mißtrauensvotum? Durch Schiebereien im Parlament sowie durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen war das Vertrauen der werktätigen Massen in den bürgerlichen Parlamentarismus gesunken. Damals entfachte die Bourgeoisie mit ihrem Mißtrauensvotum gegen die Brandt-Regierung eine breite Kampagne, um die Illusionen in den Parlamentarismus wieder zu schüren. Der Arbeiterklasse wurde vorgegaukelt, daß zwischen der „roten SPD" und der „schwarzen CDU" eine wirkliche Alternative bestünde, daß die Arbeiterklasse durch die eine oder die andere Regierung etwas zu verlieren oder gar zu gewinnen hätte.

Und in genau diese Kerbe haute damals auch die Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, die revisionistische D„K"P. Sie spielte dieses Schauspiel mit, indem sie ihren friedlichen Weg zum Sozialismus, den Weg über das Parlament propagierte. Ihr Weg hieß: Gegen Strauß und Konsorten als Vertreter des Faschismus kämpfen und für die SPD als Vertreter einer „vernünftigen Friedenspolitik" und des Fortschritts einzutreten, um so einen Schritt zum Sozialismus weiter zu kommen.

Damit sorgten die Revisionisten dafür, daß damals mancher fortschrittliche Kollege in die Irre geführt wurde und für die SPD-Regierung, für die Politik des Imperialismus auf die Straße ging, daß die Illusionen in der Arbeiterklasse über den Parlamentarismus geschürt wurden. Als damals unsere Partei der Arbeiterklasse den Weg wies und zeigte, daß in einem imperialistischen Land jede Regierung, ob CDU, SPD oder D„K"P im Sold des Imperialismus steht, und den Ausweg, die proletarische Revolution propagierte, hetzten die Revisionisten gegen die KPD/ML als Sektierer und Feind des Fortschritts. Inzwischen aber hat sich vielen Kollegen gezeigt, daß die SPD nichts mit dem Fortschritt gemein hat, daß sie nicht anders als die CDU/CSU die Reaktion verkörpert, nicht anders als jede andere bürgerliche Partei die Faschisierung des Staatsapparates vorantreibt, daß sich die bürgerlichen Parteien einzig in der Art ihrer Demagogie unterscheiden.

Die Revisionisten haben damals durch ihre breite Kampagne offene Schützenhilfe für den Imperialismus geleistet, viele fortschrittliche Arbeiter noch einmal an den Imperialismus ketten können. Und der Imperialismus dankt: die D„K"P erhielt eine Anzeige, einen Schauprozeß, der ihr ermöglicht, erneut ihre Theorie vom friedlichen Übergang zum Sozialismus und vom Kampf gegen das Rechtskartell verbreiten. So erschien beim ersten Prozeßtermin im April dieses Jahres Strauß persönlich, um mit dem Vorwurf der „politischen Brunnenvergiftung" der D„K"P die Gefährlichkeit für den Kapitalismus zu bescheinigen und sie so in den Augen der Kollegen aufzuwerten, erschien jetzt sogar der ehemalige Sonderminister Bahr, um zu bestätigen, daß die D„K"P-Revisionisten damals recht getan haben.

Der Prozeß selbst zeigt erneut das Zusammenspiel der Revisionisten mit den Vertretern des westdeutschen Imperialismus, beweist erneut, daß die Theorie vom „Rechtskartell" im Dienst der Imperialisten steht und entsprechend mit Publizität honoriert und gefördert wird.





Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06-466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

## "Die haben wohl gesehen, dass es für sie immer kritischer wurde"

Am Freitag, den 1. 7., nachmittags, erhielt Genosse Günter Wagner von den Thyssenkapitalisten seine Kündigung. Am Montag morgen stand er zusammen mit einer Genossin wieder vor dem Tor, ging dann in den Betrieb und diskutierte mit vielen Kollegen. Die Vertrauensleute hatten Stimmung gegen ihn gemacht: Als Kollege sei er ja in Ordnung. Auch politisch könne jeder seine Meinung haben. Aber er hätte sich eben an die Regeln halten müssen. Aber viele Kollegen ließen sich dadurch nicht beirren: „Die wollten dich raushaben, weil du Kommunist bist", hieß es. Und: „Die haben wohl gesehen, daß das für sie immer kritischer wurde."

**Und immer wieder kommt das Gespräch auf die Ermordung des Genossen Günter Routhier, auf den Polizeiterror bei der Beerdigung. Es wird über die Partei diskutiert, über ihre Ziele und ihren Kampf.**

Am nächsten Tag wird ein Flugblatt gegen die Entlassung des Genossen Wagner verteilt. Er verteilt vor seinem Tor. Der Werkschutz hat offensichtlich Anweisung, wenn jemand verteilt, sofort die Polizei zu rufen. Das macht er auch. Zwei Genossen, die verteilen, werden festgenommen, auf die Wache gebracht, ihre Personalien festgestellt, die Flugblätter einbehalten. Warum? „Was im Flugblatt steht, ist egal", heißt es. „Es genügt, daß in der Überschrift was von KPD/ML steht." Und ein Polizist zynisch: „Ihr haltet Euch nicht an die Gesetze, also halten wir uns auch nicht daran."

Die Nachricht von der Festnahme des Genossen Wagner verbreitet sich wie ein Lauffeuer im Betrieb. Die Kollegen sind empört.

Zwei Tage später. Erneut wird ein Flugblatt verteilt. Erneut kommt die Polizei. Diesmal mit drei Autos. Ein Genosse wird verfolgt und festgenommen. Kollege Wagner sieht die Polizisten kommen. Gibt einer Gruppe von Kollegen, die um ihn herumstehen, seine Flugblätter und läuft in den Betrieb. Er wartet, bis die Kollegen im Betrieb sind. Sie berichten von der Festnahme des anderen Genossen. „Bestimmt hetzt die Polizei jetzt den Werkschutz auf dich", heißt es.

**Aber der Werkschutz findet ihn nicht. Ein Kollege fährt ihn mit einem Werksauto zu einem entlegenen Tor, wo er unbehelligt das Werk verlassen kann.**

**Die Kollegen sind empört über diesen Polizeiterror. Viele, die sich vorher von der Hetze der bürgerlichen Presse über die Ereignisse bei der Beerdigung des Genossen Günter haben verwirren lassen, sind jetzt überzeugt, daß es die Partei ist, die die Wahrheit sagt.**

Geschäftsleitung und Betriebsrat sind beunruhigt. Ein Betriebsrat wird in die Abteilung des Kollegen Fritz geschickt, der ebenfalls von Entlassung bedroht ist und erkundigt sich scheinheilig, was denn eigentlich los sei. Warum denn die Polizei die Genossen der KPD/ML festnehme?

**Diese Empörung der Kollegen ist es auch, die Geschäftsleitung und Betriebsrat zwingt, die auch gegen Kollegen Fritz vorgesehene Entlassung zunächst fallenzulassen.** Im Gegenteil, sie sind gezwungen, eine Reihe von Forderungen, die der Kommunist Fritz im Namen seiner Kollegen auf der Betriebsversammlung aufgestellt hat, zu erfüllen: Neue Busse werden eingesetzt, neues Werkzeug wird herausgegeben, neue Handschuhe. Hatte sich der Betriebsrat vorher so gut wie nie in dieser Abteilung sehen lassen, so ist er jetzt plötzlich jeden Tag da. Ja, auf einmal soll die gesamte Arbeit in der Reparaturwerkstatt auf ihre besondere Schwierigkeit überprüft und dann neue Zulagen gegeben werden.

**Die Kollegen sagen: seit Jahren sind sie in der Reparaturwerkstatt. Immer wieder haben sich welche aufgeregt, geschimpft, Theater gemacht. Aber daß tatsächlich etwas passiert ist, das erleben sie jetzt zum ersten Mal!**

**Diese Erfolge bedeuten noch nicht, daß die Entlassung des Kollegen Fritz verhindert ist. Der Polizeiterror bei Thyssen, in Duisburg und in der ganzen Bundesrepublik zeigt, daß die Bourgeoisie mit allen Mitteln versucht, die Kommunisten mundtot zu machen, auszuschalten. Aber diese Erfolge zeigen, daß die Front gegen diesen Terror wächst.**




## Hoesch:

# Weg mit dem 'Dividenden' - Betrug!

**175,– DM wollen die Hoesch-Bosse als einmalige Sonderzulage, die sie in klar erkennbarer Absicht als "Dividende" ausgeben, zahlen. Dividende – das ist normalerweise die Bezeichnung für den Profitanteil der Aktionäre und sonstigen Anteileigner. Wenn die Hoesch-Kapitalisten jetzt die 175,- DM als 'Dividende" bezeichnen, wollen sie den Anschein erwecken, die Belegschaft bekäme einen Anteil am Profit ab. Das alte Märchen von den gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitern und Kapitalisten wird wieder aufgetischt. Wenn die Kapitalisten mehr Profit machen, sollen angeblich die Arbeiter auch mehr Geld bekommen.**

Die Wirklichkeit allerdings sieht anders aus. Trotz Überstunden und Wochenendmaloche kommen die Kollegen mit dem Lohn kaum über die Runden. Bei gesteigerter Arbeitshetze – z.B. durch die sogenannte " Zusammenlegung von Funktionen" – ist aufgrund der Teuerung von realer Kaufkraft von Monat zu Monat weniger in der Tüte.

Unter diesen Bedingungen wuchs unter den Kollegen die Bereitschaft, für mehr Lohn zu kämpfen. Aus Angst vor dieser Kampfentschlossenheit zahlen die Hoesch-Bosse jetzt die 175,– DM. So versuchen sie, kurzfristig den Ausbruch eines spontanen Streiks zu verhindern und bereiten sich gleichzeitig auf kommende Kämpfe vor, indem sie die modernen Revisionisten von der D"K"P den Rücken stärken: nicht nur, daß die Zahlung der 175,– DM als Erfolg des von der D"K"P stark beeinflußten Betriebsrates hingestellt wird, die Hoesch-Kapitalisten kommen den D"K"P-Revisionisten auch dadurch entgegen, daß sie die 175,- DM als "Dividende" bezeichnen, bzw. als 'Erfolgsbeteiligung'.

Die D"K"P-Revisionisten hatten nämlich die Forderung der Kollegen nach mehr Lohn bereits seit einigen Wochen in der Weise aufgegriffen, daß sie forderten, die Kollegen müßten an den gestiegenen Profiten der Hoesch-Kapitalisten beteiligt werden. **Der 'Dividendentrick" soll jetzt praktisch die von den Revisionisten propagierte Politik der Klassenversöhnung "bestätigen".**

Trotz der 175,– DM wächst in der Belegschaft die Kampfbereitschaft denn die 175,- DM sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Kollegen brauchen eine Lohnerhöhung. Vorsorglich haben die Revisionisten darum eine weitere Forderung aufgestellt und auf der Vertrauensleuteversammlung der Westfalenhütte durchgesetzt: "4 Punkte mehr für alle". Abgesehen davon, daß diese Forderung nicht einmal 30 Pfennige ausmacht, stößt sie bei vielen Kollegen vor allem deshalb auf Widerstand, weil sie sich auf das von den Hoesch-Bossen zur Spaltung und verschärften Ausbeutung der Belegschaft ausgeklüngelte Punktesystem beruft. **Die D"K"P-Revisionisten wollen mit der Punkteforderung vor allem verhindern, daß die Kollegen den "Tariffrieden" brechen und den Kampf selbst in die Hand nehmen. Sie wollen die Kollegen an den Gewerkschaftslegalismus ketten.** Die Punkte sind nämlich in einer Betriebsvereinbarung festgelegt, die den Tarifvertrag nicht berühren. Die Kollegen sollen nach dem Willen der D"K"P-Revisionisten auf die "Verhandlungen' des Betriebsrates und auf die "Absicherung durch die IG Metall vertrauen.

Die "Stählerne Faust", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Hoesch, schreibt dazu: **"Die D"K"P-Revisionisten wollen uns in die Niederlage führen, denn siegen kann die Arbeiterklasse auf nur einem Weg: Dem Weg des unversöhnlichen, revolutionären Klassenkampfes. Und es ist die Aufgabe der D"K"P als Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung, uns von diesem Weg abzuhalten.**

**Unsere Forderung muß in Mark und Pfennig auf den Tisch und sie muß im unversöhnlichen, revolutionären Klassenkampf erstreikt werden – gegen die Hoesch-Kapitalisten, gegen den IGM-Apparat...und gegen die D'K"P, die Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung."**




### BAYER-ELBERFELD: GIFT IM BLUT

**Ich arbeite im Pflanzenschutz-Technikum der Bayer-Werke Elberfeld. Hier werden Pflanzenschutzmittel produziert.**

Am 5. 7., die Spätschicht hatte gerade begonnen, schickt der Vorarbeiter drei Kollegen zum Betriebsleiter. Keiner weiß, worum es geht. **Als die Kollegen oben sind, wird ihnen erklärt, bei der regelmäßigen Blutuntersuchung hätte sich herausgestellt, sie hätten Gift im Blut.** Der Betriebsleiter versucht das als Bagatelle hinzustellen,

**Bagatelle? Allen Kollegen ist noch gut in Erinnerung, wie Kollege Gerd plötzlich im Betrieb umkippte. Er wachte angeschnallt im Badezimmer eines Krankenhauses wieder auf, mit Gegengiftmitteln vollgepumpt. Gasvergiftung – wurde ihm gesagt.**

Aber jetzt der eigentliche Grund, warum der Betriebsleiter die drei Kollegen zu sich rufen ließ. Er wollte wissen, woher das Gift in ihr Blut gekommen war. Sie werden gefragt: „Waren Sie an diesem Produkt? Hatten Sie damit zu tun? Wo haben Sie sonst noch gearbeitet?" Dann glaubt der Betriebsleiter das Problem eingekreist zu haben: „Die Giftquelle ist das neue Produkt!'

**Die Kollegen können gehen. Sie haben ihren Zweck für den Betriebsleiter erfüllt: als Versuchskaninchen dafür herzuhalten, welche der Pflanzenschutzmittel auch für den Menschen gefährlich sind.**

Dieser Fall ist keine Ausnahme. Wir arbeiten im Pflanzenschutz-Technikum ausschließlich mit Giften. Aber nicht immer wird uns vorher gesagt (und wahrscheinlich weiß die Betriebsleitung das auch vorher gar nicht), welche der Stoffe für uns Arbeiter gefährlich sind. Das erfährt man erst dann, wenn man bei der Arbeit zusammenbricht wie Kollege Gerd.

**Für uns eine lebensgefährliche Situation. Für die Kapitalisten dagegen nur ein Rechenexempel. Eine Voruntersuchung der Pflanzenschutzmittel auf ihre Gefährlichkeit für den Menschen, Schutzvorrichtungen im Betrieb, sind eben weitaus teurer als der Ausfall, den sie durch die Krankheit von Kollegen haben. Und wenn der Profit es fordert, opfern die Kapitalisten eben, ohne mit der Wimper zu zucken, Gesundheit und Leben der Arbeiter.**

### ENTLASSUNG IM KESSELBAU VERHINDERT

(Aus: Betriebszeitung der KPD/ML bei Borsig, Westberlin; gekürzt).

Kürzlich unternahm der Vizechef vom Kesselbau – Asmus – einen erneuten Versuch, die Kollegen einzuschüchtern.

Ein türkischer Kollege wurde beim Mitstempeln für einen anderen erwischt. Darauf Asmus: „Der Mann fliegt. An dieser Entscheidung gibt es nichts mehr zu rütteln."

Aber die Kollegen rüttelten. Zuerst zeigte die Kolonne des türkischen Kollegen ihre Entschlossenheit, diese Kündigung nicht hinzunehmen. Ausnahmslos alle Männer dieser Kolonne stellten sich vor ihren Kollegen. Schnell sprach sich das Ereignis in den beiden Hallen des Bereichs herum. Fast alle Kollegen zeigten ihre Bereitschaft, die Kolonne im Kampf gegen die Entlassung ihres Kollegen aktiv zu unterstützen.

Als um kurz nach 8 Uhr ein großer Teil der Kolonne zu Asmus hochging, um die Rücknahme der Kündigung zu fordern, standen die Kollegen in der Halle bereit, bei Aufrechterhaltung der Kündigung einzugreifen.

Asmus mußte aufgeben. Die Kündigung war verhindert.

### WERFT LINDENAU/KIEL: KOMMUNISTISCHE LEHRLINGE GEKÜNDIGT

Am 27. 6. erhielten die kommunistischen Lehrlinge Gesine B. und Hartwig B. von den Bossen der Schiffswerft Lindenau in Kiel ihre fristlose Kündigung. Anlaß war das Auftreten der beiden Genossen auf der Betriebsversammlung am 27. 6.

**In den Tagen kurz vor der Betriebsversammlung gab es erregte Diskussionen unter den Kollegen über die Ermordung des Genossen Günter Routhier. Im Betrieb waren große Plakate geklebt worden. Große Parolen leuchteten auf den Parkplätzen.**

Der erste Redner auf der Betriebsversammlung war Lindenau höchstpersönlich. Er redete über Auftragslage, Konjunktur und rief dann zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen „Arbeitgebern" und Gewerkschaften auf. Gegen wen sich diese „gute Zusammenarbeit" richtet, sollte man wenig später erleben.

Beim Punkt „Verschiedenes" meldete sich nach einigen Kollegen die Genossin Gesine zu Wort. **Sie begann von der heimtückischen Ermordung des Genossen Routhier durch die Polizei zu berichten und wollte zum Kampf gegen die fortschreitende politische Unterdrückung aufrufen.** Kaum hatte sie jedoch ihre Rede begonnen, da schrie Lindenau: „Laßt sie nicht sprechen!" – lief nach vorn und begann, sie beiseite zu schieben. Sofort eilten ihm zwei Betriebsräte zu Hilfe, schalteten das Mikrophon aus. Die Genossin redete trotzdem weiter. Da wurde schnell Musik angeschaltet, damit sie nicht mehr zu verstehen war. Nun meldete sich Genosse Hartwig zu Wort. Er begann die Rede fortzuführen – und wieder erlebten die Kollegen das Gleiche: Ausschaltung des Mikrophons, Anstellen der Musik. – Die Versammlung glich einem Hexenkessel. Noch von seinem Platz aus versuchte der Genosse weiterzusprechen. Da sorgten zwei Betriebsräte für „Ruhe und Ordnung" – und drängten ihn gewaltsam aus dem Saal.

Noch am selben Nachmittag erhielten die beiden Kollegen ihre fristlose Kündigung. Viele Kollegen reagierten mit Empörung auf diesen Terror und diskutierten noch bis in den Nachmittag mit den beiden Genossen.

**Welche große Angst Kapitalisten und reaktionäre Betriebsräte haben, zeigte sich auf der Jugendversammlung am darauffolgenden Tag. 4 Betriebsräte und der Betriebsleiter Stark, ja sogar Lindenau selbst nahmen daran teil. Und trotzdem haben sie nicht verhindern können, daß zwei der Lehrlinge gegen den Terror auf der Betriebsversammlung protestiert und die Wiedereinstellung der Kollegen gefordert haben.**

## Revisionistisches

### MAO TSETUNG BESCHIMPFT

Am 21.6. wollte der "M"SB Spartakus (Studentenorganisation der D'K'P) ein Wandgemälde 'Freiheit für Chile" mit Bier, Würstchen und Musik einweihen. Das Gemälde zeigt chilenische Arbeiter im Gefängnis, Grabsteine mit zum Beispiel folgenden Aufschriften: 'Freiheit und Demokratie", weiter behelmte Totenköpfe.

Am Morgen des Einweihungstages prangten auf dem Gemälde zwei Gewehre und die Parole: 'Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen" (Mao Tsetung). Viele Studenten meinten, das sei genau richtig, der auf dem Gemälde verbreiteten Niederlagenstimmung den bewaffneten Kampf entgegenzusetzen.

Wütend übermalten die Revisionisten die Gewehre und die Parolen und schmierten dann folgende Wandzeitung zusammen:

"Antifaschistische Wandmalerei beschmiert!

In Chile war es üblich, daß die demokratischen Wandmalereien von Faschisten beschmiert und zerstört wurden. An der FHS (=Sozialarbeiterhochschule) lassen es die Rechtsradikalen mit papierenen Protesten bewenden. Stattdessen übernehmen die maoistischen Pissoir-Politiker vom FB Sozialarbeit das unsaubere Geschäft, einen von Maos Toilettensprüchen anzubringen..."

Eine der Grundwahrheiten des Marxismus-Leninismus ein Toilettenspruch! Dieser unverschämte Angriff auf den Marxismus-Leninismus hat noch mehr Studenten die Augen über die angebliche Fortschrittlichkeit der modernen Revisionisten geöffnet!'

(Korrespondenz von Sympathisanten des KSB/ML an der Sozialarbeiterhochschule in Frankfurt).

### DDR – FUSSBALLER: Autogramme für die Polizei:

Während am 24.6. ca. 20 Genossen nach der Beerdigung des Genossen Günter Routhier im Düsseldorfer Gefängnis in Haft gehalten wurden, hielt der Bus mit der DDR–Fußballmannschaft vor der Einfahrt zum Gefängnis. Die 'Stars' hüpften heraus und verteilten Autogramme an die Polizisten.

### REVISIONISTEN FORDERN VERSCHÄRFTE POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG

Auch in Heidenheim, wie in anderen Städten der Bundesrepublik, hat die KPD/ML in Plakaten und Parolen den Polizeimord an Genossen Günter Routhier angeprangert. Am 26.6., zwei Tage nach dem bürgerkriegsähnlichen Einsatz der Polizei am Tage der Beerdigung des Genossen in Duisburg, erschien in der Heidenheimer bürgerlichen Presse eine Presseerklärung der D' K"P, in der es u.a. heißt:

"Ein Häuflein politischer Schmierer, die sich KPD/ML nennen und jede Gelegenheit benützen, um den Ruf der kommunistischen Bewegung zu schädigen, haben erneut die Heidenheimer Innenstadt mit Plakaten und Schriftzügen verschmutzt. Auf Drängen sagte die Stadtverwaltung zu, an öffentlichen Einrichtungen und Plätzen diese Ankleber zu entfernen...Bereits im Mai entfernte die D"K"P auf eigene Kosten mehrere hundert Pamphlete der sogenannten KPD/ML und erwartet jetzt von den verantwortlichen Stellen, daß sie diese Arbeit die eigentlich nicht in den Bereich einer politischen Partei fällt, übernehmen." Die D"K"P'blieb allerdings bereits im Mai nicht dabei stehen, die Plakate der KPD/ML abzureißen. Ihr Organisationsreferent G. Bauder ist Zeuge der Staatsanwaltschaft in einem Ermittlungsverfahren gegen einen Genossen wegen diese Plakataktionen.

## ÖTV zur Gewerkschaftslinie der Partei:

# Entstellungen, Lügen, Demagogie!

**„Seit dem Ende des nationalsozialistischen Gewaltregimes hat es in der Bundesrepublik Deutschland niemanden gegeben, der es gewagt hätte, in derart hetzerischer Weise gegen die Gewerkschaften zu agitieren." Das ist ein Zitat aus der Juli-Nummer des ÖTV-Magazins. Was die ÖTV-Bonzen so aus der Fassung bringt, das ist die revolutionäre Gewerkschaftslinie der KPD/ML. Auf 3 Seiten – gespickt mit Zitaten aus dem Roten Morgen – versuchen die ÖTV-Bonzen, unsere Partei zu diffamieren, um gleichzeitig dem wachsenden Widerstand unter den Mitgliedern gegen den Ausschlußterror des Apparats gegen Kommunisten und andere klassenkämpferische Mitglieder entgegenzutreten.**

In einem Artikel zur Taktik unserer Partei in den DGB-Gewerkschaften schrieben wir im Roten Morgen vom 26. 1. 1974 u. a.: „Wer die Kapitalistenklasse bekämpfen will, der muß auch den DGB-Apparat als Instrument der Kapitalisten bekämpfen." Kommentar der ÖTV-Bonzen: „Gegen eine derartige Logik dürften die Arbeitgeberverbände nicht viel einzuwenden haben. Denn sie bekämpfen den Einfluß der Gewerkschaften, wo sie nur können." Diese Behauptung der DGB-Bonzen, unsere Partei nütze dem Kapital, greife den Kapitalismus nur allgemein in Worten an, um in Wirklichkeit die „Organisationen der Arbeiterklasse", als die sich die DGB-Gewerkschaften dreister Weise bezeichnen, zu bekämpfen, wird in schöner Regelmäßigkeit auch von den D„K"P-Revisionisten aufgestellt.

Wohlweislich gehen die ÖTV-Bonzen mit keinem Wort auf die Analyse unserer Partei ein, nach der der DGB-Apparat eben keine Organisation der Arbeiterklasse, sondern ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse ist. Sie hüten sich natürlich auch, auf die vielen Beispiele aus den Betrieben einzugehen, die in jeder Nummer des Roten Morgen zu finden sind und die den imperialistischen Klassencharakter des DGB-Apparats anhand seiner konkreten Politik eindeutig belegen. Sie fürchten die Diskussion und flüchten in die Demagogie. Sie spekulieren darauf, daß ein Großteil der Kollegen noch keine völlige Klarheit über die Rolle des DGB-Apparats gewonnen hat, daß viele Kollegen, obwohl auch sie die Bonzen hassen, es noch hinnehmen, wenn der DGB als Arbeiterorganisation auftritt. Sie spekulieren darauf, daß ein Großteil der Kollegen den Kampf unserer Partei kaum bzw. überhaupt nicht kennt und darum keine Möglichkeit hat, die Behauptung, unsere Partei würde die Kapitalisten nur in Worten bekämpfen, aus eigener Erfahrung zu beurteilen. Dort aber, wo die Partei arbeitet, sehen die Kollegen allerdings, daß die KPD/ML der härteste Feind der Kapitalisten ist.

**Unsere Partei hat von Anfang an sorgfältig zwischen dem Apparat und den Millionen Mitgliedern des DGB unterschieden.** Trotzdem versuchen die Bonzen den Eindruck zu erwecken, als würde unsere Partei die Mitglieder des DGB als Verräter angreifen. So schreiben die ÖTV-Bonzen: „Man lasse sich nicht durch den Schein täuschen, es handele sich nur um Angriffe gegen die Führer der Gewerkschaften. In so gut wie allen Betriebszeitungen der Linksextremisten werden die gewählten Betriebsräte – und bisweilen auch die Vertrauensleute – ebenfalls als Verräter diffamiert." Zunächst einmal ist festzustellen, daß unsere Partei Verräter Verräter nennt – unabhängig davon, in welcher Position sie sitzen. Aber mit vielen Betriebsräten, die ehrlich für die Interessen ihrer Kollegen eintreten, arbeitet unsere Partei zusammen. Außerdem fällt auf, daß die DGB-Bonzen immer dann lamentieren, die Betriebsräte seien doch gewählt, wenn es um die Verteidigung ihrer reaktionären Gefolgsleute in den Betriebsräten geht. Dagegen betreiben sie selbst die Entlassung kommunistischer und anderer klassenkämpferischer Betriebsräte, sie sind es, die revolutionäre Kollegen aus der Gewerkschaft schmeißen und so ihre Entlassung vorbereiten, wenn die Kollegen sie zu ihren Vertrauensmännern wählen wollen.

**Gegen die Opportunisten aller Schattierungen hat unsere Partei allerdings stets erklärt, daß der DGB nicht durch die Abwahl einiger reaktionärer Führer zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse werden kann, sondern daß der DGB-Apparat insgesamt ein Instrument der Kapitalisten ist und wie der imperialistische Staatsapparat von der Arbeiterklasse nicht erobert werden kann, sondern zerschlagen weden muß.** Wenn die ÖTV-Bonzen also jammern, unsere Partei wolle die „Schlagkraft des DGB schwächen", dann ist das durchaus richtig. Unsere Partei will die „Schlagkraft des DGB" als Instrument der Kapitalisten allerdings schwächen und schließlich brechen. Darum propagiert sie den Zusammenschluß der Kollegen in der revolutionären Gewerkschaftsopposition, um die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu stärken.

Daß den DGB-Bonzen die Mitbestimmung am Herzen liegt und der Kampf der Kommunisten gegen den Mitbestimmungsbetrug an die Nieren geht, ist nichts Neues. Auch die ÖTV-Bonzen behaupten, daß durch die Mitbestimmung „die Macht des Kapitals eingeschränkt wird und die der Arbeiterschaft wächst". Folglich soll sich gerade am Kampf der Partei gegen die Mitbestimmung zeigen, daß die Politik der Partei gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet ist. Die ÖTV-Bonzen müssen auch hier wieder die in vielen RM-Artikeln und einem RM-Extrablatt dargelegte Begründung für die Haltung unserer Partei zur Mitbestimmung verschweigen. **Sie machen nicht einmal den Versuch, die Analyse unserer Partei, aus der hervorgeht, daß die Mitbestimmung nicht nur kein Schritt auf dem Weg der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse ist, sondern im Gegenteil in die lange Reihe der zur Niederhaltung der Arbeiterklasse vorangetriebenen Faschisierungsmaßnahmen gehört, zu widerlegen.** Statt Argumenten: Entstellungen, Lügen, Demagogie.

Besonders deutlich wird letzteres, wenn die ÖTV-Bonzen den absurden Versuch unternehmen, den Marxismus-Leninismus als Produkt der Studentenbewegung hinzustellen. Obwohl in dem ganzen Artikel mit einer Ausnahme ausschließlich der Rote Morgen zitiert wird, wenden sie sich in dieser Frage der Gruppe Rote Fahne Dortmund zu, um deren Entstehung aus der Studentenbewegung aufzuzeigen. Auf die Gründung der Partei, die ein Sieg im Kampf gegen den modernen Revisionismus in der KPD war, wird natürlich nicht eingegangen. Stattdessen ist dann viel von „antiautoritärer Ideologie" die Rede.

Da sich der „Antiautoritarismus" aber beim besten Willen nicht mit der marxistisch-leninistischen Linie der Partei in Einklang bringen läßt, kommt die Katze dann doch aus dem Sack: „ ...greifen die Linksextremisten Parolen, Propaganda und Zielsetzungen der damaligen KPD auf und wiederholen sie bis aufs Komma genau." Was folgt, ist eine üble Hetze gegen die KPD Ernst Thälmanns, die in der unglaublichen Behauptung gipfelt, daß die KPD, die den Faschismus am konsequentesten bekämpft hat und von den Hitlerfaschisten am schärfsten verfolgt wurde, für die Errichtung des Hitlerfaschismus verantwortlich gemacht wird. Besonders verurteilen die ÖTV-Bonzen den unversöhnlichen Kampf der KPD gegen den revisionistischen Verrat der Weimarer SPD und den Aufbau der RGO gegen den Verrat der ADGB-Führung, die sogar am 1. Mai 1933 zum Tag der Arbeit der Hitlerfaschisten aufrief. Die ÖTV-Bonzen vergessen nicht darauf hinzuweisen, daß die modernen Revisionisten von „S"ED und D„K"P sich von dieser Politik der KPD unter der Führung Ernst Thälmanns „distanziert" haben. Damit wird klar, warum der DGB-Apparat in unserer Partei seinen unversöhnlichen Feind seiht, während die D„K"P-Revisionisten ihm Bündnispartner und wichtigste Stütze sind. **Der Grund liegt in dem Festhalten unserer Partei an der proletarischen Revolution, in ihrem unversöhnlichen Kampf gegen den revisionistischen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse. Der DGB-Apparat ist eine Kampforganisation der Kapitalisten gegen die proletasche Revolution, für die Verteidigung der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Darum bekämpft er vor allem den revolutionären Kampfstab der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, die der Arbeiterklasse den Weg zum Sieg in der sozialistischen Revolution weist: Vereinigung im revolutionären Klassenkampf, gegen den Kapitalismus und seine Handlanger, vorwärts beim Aufbau der RGO!**

Fortsetzung von Seite 1

Eine Menge Leute sehen hinter einer heruntergelassenen Bahnschranke zwar, was da vor sich geht, aber keiner kann ihm zu Hilfe kommen.

Die Polizisten werfen ihn schließlich in den Wagen, der eine setzt sich auf Winfrieds Kopf, der andere fordert per Sprechfunk Verstärkung an und fährt los. Unterwegs steigen zwei Mann Verstärkung hinzu, die sofort auf den Genossen einprügeln, wiederum vor allem auf den Kopf.

Ins Präsidium geschleppt, wurde er beschimpft als „dummes Schwein", als „Mörder'. Erst hier erfuhr er, daß die Extrablätter beschlagnahmt werden sollten, erst hier wurde er nach seinen Personalien gefragt. Ein Polizeiarzt, der kam, kümmerte sich nicht etwa um den verletzten Genossen, sondern behandelte die kleinen Kratzer der Polizisten. Obwohl der Genosse dem Arzt sagte, daß er eine Gehirnerschütterung habe, daß er sich erbrechen müsse, sah er sogar noch zu, wie der Genosse, der seinen Kopf vor Schmerzen und Erschöpfung auf die Holztheke gelegt hatte, von den Polizisten an den Haaren hochgezogen wurde, sah er ungerührt zu, wie Genosse Winfried sich erbrechen mußte und gezwungen wurde, das Erbrochene selbst zu beseitigen. Schließlich warfen sie Winfried einfach aus dem Präsidium hinaus.

**Seither liegt Genosse Winfried im Krankenhaus, mit schwerer Gehirnerschütterung, Platzwunden am Kopf, mit geschwollener Nase und blauen Flecken.**

Aber was wird die Bourgeoisie mit ihrem Vorgehen erreichen? Die Genossen werden nicht zurückweichen, sondern noch haßgeladener und entschlossener ihren Kampf vorantreiben. Und das gilt auch für die breiten Massen der Arbeiterklasse und für alle anderen Werktätigen.

Als in Hannover vor dem Barmbecker U-Bahnhof Polizei gegen die ROTEN MORGEN-Verkäufer vorging, bildete sich ein großer Menschenauflauf. Ein älterer Mann ging auf den Polizeiwagen zu: **‚Ihr könnt den Sozialismus auch nicht aufhalten!' Einer rief: „Schöne Demokratie, Polizeistaat!" Mit einem Mal herrschte breite Solidarität der Passanten mit den Genossen. Die Polizisten bekommen solche Angst, daß sie sich in ihren Wagen einschließen. Bei dieser Aktion wurden zwei neue Sympathisanten gewonnen.**

**Das ist die Reaktion der Werktätigen auf den Kampf unserer Partei und den Terror der Polizei. Eine Reaktion, die immer breiter und tiefer in der Arbeiterklasse Fuß fassen wird.**

Drei Ausgaben des ROTEN MORGEN, das Extrablatt, zwei Flugblätter, zwei Plakate, die Dokumentationsbroschüre sowie Klebezettel der Partei zur Ermordung von Günter Routhier wurden bisher bereits beschlagnahmt. Auch bei der Gruppe Rote Fahne wurden Exemplare ihrer Zeitung „Rote Fahne", sowie Exemplare einer Studentenzeitung beschlagnahmt, weil diese Organisation ebenfalls über die Ermordung des Genossen Günter Routhier berichtet hatte. Nicht anders bei der Zeitung ‚Kommunistische Volkszeitung' des 'K'BW.

Die Bourgeoisie ist dabei, ihre Vorbereitungen zu treffen: Der Verkauf der Ausgaben 25,26 und 27 wird bereits wegen des Verbreitungsverbots mit einer Geld- oder Haftstrafe bis zu einem Jahr bestraft. Und es werden gewiß nicht die letzten Nummern sein, die verboten werden.

Auch die Partei wird ihre Maßnahmen ergreifen. Und sie wird dabei immer mehr die Unterstützung der Massen gewinnen. **Strengen wir noch mehr unsere Kräfte an, um den Angriff auf unser Zentralorgan, auf den ROTEN MORGEN zurückzuschlagen, um die Wahrheit über den Mord an dem Genossen Günter Routhier, über Terror und Faschisierung der Bourgeoisie noch mehr zu verbreiten, noch mehr Menschen zu mobilisieren für die Sache des Proletariats, für die unser Genosse Günter gefallen ist: Den Sturz der Ausbeuterherrschaft und die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse.**

## Vom Aufbau des Sozialismus

**VR China: Diesjähriger Halbjahresplan vorfristig erfüllt !**

Eine große Zahl von Fabriken und Bergwerken in verschiedenen Teilen Chinas hat nach Meldungen der Hsinhua-Nachrichtenagentur die Produktionsziele für das erste Halbjahr dieses Jahres vorfristig erfüllt. Ein Beispiel für viele ist die moderne Chemiefasernfabrik in der zentralchinesischen Provinz Honan. Hier führten die Arbeiter, Kader und Techniker eine tiefgreifende Kritik an Lin Biao durch und verurteilten seine von Konfuzius übernommenen Theorien vom angeborenen Genie, nach der einige mit "Wissen geboren" sind und seine idealistische Weltanschauung, nach der "die Höhergestellten weise und sind die niedriggestellten dumm." Das gab ihrem sozialistischen Enthusiasmus neuen Auftrieb und sie führten 120 technische Neuerungen ein, um in diesem Jahr die Produktion voranzutreiben. Die Planziffer für das erste Halbjahr wurde bereits 33 Tage vorfristig erreicht. Der Wert, der in den ersten 5 Monaten dieses Jahres produzierten Waren war 2.6 Mal so wie im gleichen Zeitraum des letzten Jahres und bedeutet einen neuen Rekord.

### Barfüßige Ärzte auf See

Wenn heute die Fischer einer Hafenstadt in Kwangsi in Südchina auf See sind, dann haben sie ihre eigenen barfüßigen Ärzte bei sich, die auf ihre Gesundheit achten.

Zwar gibt es schon seit einiger Zeit Krankenhäuser der Fischerkommunen. Eine ärztliche Behandlung auf See aber fehlte noch.

Um dieses Problem zu lösen, werden seit 1972 Gruppen von barfüßigen Ärzten aus den Reihen der Fischer ausgebildet. Mittlerweile haben viele Produktionsbrigaden ihre eigenen barfüßigen Ärzte.

Die barfüßigen Ärzte sind auf See gleichzeitig Fischer und Ärzte. Wird ein Fischer krank, so unterbrechen sie ihre Arbeit und behandeln ihn an Ort und Stelle. Die barfüßigen Ärzte unterrichten die Fischer und ihre Familien außerdem gemäß dem Prinzip: "die Vorsorgen an die erste Stelle setzen" in allgemeiner Hygiene.

Sie führen Untersuchungen über Seuchen unter den Fischern durch und lernen von erfahrenen Ärzten, wie sie zu behandeln sind. Die barfüßigen Ärzte haben außerdem Pflanzen und Meeresprodukte gesammelt, um daraus Heilmittel herzustellen.

### Neue Garnfabrik in Korça.

Die Textilindustrie in Albanien wurde in diesen Tagen um ein wichtiges Werk erweitert: Die Garnfabrik in Korca. Das wird die Menge der Baumwollwaren steigern, was der weiteren Entwicklung der Textilindustrie dienen wird, die eine wichtige Branche der Leichtindustrie in den Jahren der Volksherrschaft geworden ist.

Mit der Herstellung einer Anzahl von großen, modernen Fabriken und Kombinaten wird die gleiche Menge Baumwolltextilien, die vor der Befreiung in einem Jahr produziert wurden, heute in zwei Tagen hergestellt und die Menge, die im Jahr 1960 produziert wurde, wird heute in weniger als 6 Monaten hergestellt.

Wichtige Erfolge während dieser drei Jahrzehnte der Volksherrschaft wurden auch bei anderen Produkten der Textilindustire errungen. Seit 1973 gibt es im Land das vierfache an Strickkleidung und Socken als 1960, und es besteht überhaupt kein Vergleich mit der Periode vor der Befreiung. Die Produktion von wollener und baumwollener Kleidung stieg in hohem Maße während des letzten Jahrzehntes. Viele Produkte des Textilkombinates "Stalin" in Tirana des Kombinates 'Mao Tsetung" in Berat und der "Hammer und Sichel" – Garnfabrik in Korca, die Konfektionskleidung der Fabriken, wollene und baumwollene Decken usw. auf ausländische Märkte exportiert, sind bekannt für ihre gute Qualität.

Bei der Ausweitung und Nutzung der bestehenden Werke und der neuen Werke wird die Industrie in diesem Jahr dem Land mehr liefern als 1973, wie folgt: 25,7% mehr Strickkleidung, 24% mehr Konfektion.

Die Aufgaben in diesem Jubiläumsjahr, dem dreißigsten Jahr der Befreiung, werden von den werktätigen Menschen der Textilindustrie erfolgreich erfüllt. Während der ersten fünf Monate dieses Jahres übererfüllten sie den Plan: bei Kleidung und Decken um 2%, bei Stoffen um 1%. Es wurde auch der Plan bei Strümpfen usw. übererfüllt.

# DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

## Polnische Revisionisten sabotieren Proletarischen Internationalismus!

**Die Zeitung "Cervoni Standar", Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Polens, betont, daß die Streiks, die vor einiger Zeit von spanischen und britischen Bergleuten organisiert wurden, einmal mehr den politisch betrügerischen und pseudorevolutionären Charakter der polnischen Revisionisten aufdecken.**

**In beiden Fällen handelte die Gierek – Clique gegen die streikenden Bergarbeiter in der Rolle von konterrevolutionären Streikbrechern. Die polnischen Schiffe transportierten polnische Kohle in das faschistische Spanien und das imperialistische Britannien, um den Streik der Bergarbeiter abzuwürgen.**

Wie die bürgerliche Presse berichtet, wurden die polnischen Schiffe, als sie die spanischen Häfen anliefen, begrüßt mit Blumen von faschistischen Delegationen der Falangue unter den Klängen eines Marsches eines typischen Polizeiorchesters. Der Streik der asturischen Arbeiter wurde durchbrochen durch die Solidarität und Kollaboration der Gierek-Clique mit der Regierung des Generals Franco. Die polnischen Renegaten des Kommunismus bedeckten sich für alle Zeit mit Schande. Das war wieder einmal der praktische Beweis, daß für diejenigen, die sich als Marxisten–Leninisten in Pose setzen, die Grundprinzipien des proletarischen Internationalismus ohne Bedeutung sind.

In gleicher Weise übernahm die Gierek–Clique die Rolle von konterrevolutionären Streikbrechern während der allgemeinen Krise bei breiten Teilen der britischen Bergarbeiter. Die Proteste der britischen Bergarbeiter waren vergeblich, die polnischen Schiffe fuhren, mit Kohle beladen, zum imperialistischen Britannien um den Bergarbeiterstreik zu unterdrücken und das Monopolkapital vor der Niederlage zu bewahren. Nur die britischen Hafenarbeiter, die das Abladen verweigerten, konnten in Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern die Absicht der polnischen Revisionisten durchkreuzen.

Die Polnische Kommunistische Partei verdammt die schmachvolle Rolle der polnischen Renegaten am Kommunismus, schreibt die Zeitung "Cervoni Standar". Das verräterische Vorgehen handelt den ureigensten Interessen der werktätigen Massen zuwider. Es zersplittert die Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse und zerstört die Einheitsfront des revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie und internatioanlen Reaktion. Es dient der Stärkung und Weiterführung der Herrschaft des Kapitalismus. Die ökonomischen Abmachungen zwischen den kapitalistischen und revisionistischen Staaten, die auf eine Verstärkung der Herrschaft der Bourgeoisie hinzielen, stehen im Gegensatz zu den Klasseninteressen des Proletariats und bilden keine Rechtfertigung der verräterischen Aktivität der Gierek–Clique. Im Gegenteil – die Solidarität mit dem internationalen Kapital drückt die konterrevolutionäre Politik der Restauratoren des Kapitalismus und die Verteidigung der Interessen der Interessen der revisionistischen Diktatur der Bourgeoisie in Polen aus.

## Die Helden der Shamir-Operation

Am 13.6.74 fand um das zionistische Wehrdorf Shamir eine große Schlacht statt. Um 8.30 wurde das Dorf von mehreren Einheiten der Fedaijin gestürmt. Mittels leichter Waffen (z.B. Handgranaten) wurden innerhalb kürzester Zeit alle Plätze und Häuser vom Feind gesäubert, wobei eine große Anzahl der zionistischen Ansiedler liquidiert wurden.

Sofort schickte der Feind größere Truppeneinheiten in das Gebiet, die von Hubschraubern unterstützt wurden. Die Aktion der Zionisten, welche vom Oberbefehlshaber der Nord-Region, Eytan, persönlich geleitet wurde und das Ziel verfolgte, die Fedaijin im Dorf einzuschließen, schlug angesichts des heroischen Widerstandes fehl. Dabei wurden dem Feind weitere Verluste zugefügt. Auf Seiten der palästinensischen Revolution fielen vier Kämpfer. (siehe Bild)



## Aus aller Welt

**PALÄSTINA:**

Am Abend des 11.6.74 sprengten die Fedaijin das Gebäude der zionistischen Zivilverwaltung in der Omar–Mukhtar–Straße in Gaza. Die Explosion richtete großen Schaden an, ein Großteil der Akten usw. wurde vernichtet. Es besteht Grund zur Annahme, daß dabei auch zionistische Soldaten ums Leben kamen.

Am selben Tag noch haben kämpfende Einheiten in den besetzten Gebieten Zeitzünder-Sprengsätze zur Explosion gebracht, welche ein zentrales Wasserreservoir, eine Wasseraufbereitungsanlage und eine Pumpstation vernichteten. Durch diese Anlagen wurde Wasser aus dem Tabariasee in das südliche Golan–Gebiet transportiert. Durch die völlige Zerstörung dieser Anlage wurde die Wasserversorgung für die zionistischen Wehrdörfer dieses Gebietes unterbrochen.

**ÄTHIOPIEN:**

Was sich hinter der 'Entwicklungshilfe" des westdeutschen Imperialismus verbirgt, offenbart das Beispiel Äthiopien, wo von DBR - Entwicklungsgeldern der Polizeiapparat des korrupten äthiopischen Regimes ausgebaut wird.

Das 1965 beschlossene Abkommen über die Auf– und Ausrüstung der Polizei, das die Lieferung von Polizeifahrzeugen, Fernmeldegeräten und technischen Einrichtungen vorsieht, ist in diesem Jahr noch einmal um 12 Millionen DM (!) erhöht worden.Bereits den Bau einer Polizeischule finanziert der westdeutsche Imperialismus mit 4 Mill. Dollar, den Bau einer Schule des äthiopischen Heeres mit 8 Mill. Dollar.

**CHILE:**

Die faschistische Junta in Chile verstärkt ihren Terror immer weiter, um ihre Gewaltherrschaft über das Volk aufrechterhalten zu können. Dabei greift sie sogar auf ehemalige Nazi–Schergen zurück: Der ehemalige SS–Standartenführer Walter Rauff wurde zum chilenischen Geheimdienstchef ernannt. Rauff war bis 1943 für die fahrbaren Gaskammern des Hitlerfaschismus verantwortlich gewesen und ist, wie die Pariser Zeitung "Le Monde" feststellt, schuldig am Tod mehrerer hunderttausend Juden in Polen, Jugoslawien und der Ukraine.

**INDISCHER OZEAN:**

Erneut ist ein Flottenverband des US-Imperialismus in den Indischen Ozean eingedrungen und führt dort Manöver durch. Der Flottenverband wird angeführt von dem Raketenkreuzer Chikago. Gegen die Anwesenheit von US-Kriegsschiffen im Indischen Ozean haben die Anrainerstaaten während der letzten Monate heftig protestiert und ihren Kampf gegen die Flotten der beiden Supermächte, die ständig den Indischen Ozean durchkreuzen und die Anrainer - Staaten bedrohen, verstärkt.

**SPANIEN:**

Die 1 700 Arbeiter der britischen Autofabrik Authi–Leyland haben nach mehreren Wochen Streik eine Lohnerhöhung von 20% erkämpft. Die Belegschaft setzte auch die Forderung nach Wiedereinstellung von drei während des Kampfes entlassenen Kollegen durch. Zugleich begannen neue Streiks in mehreren Fabriken in Bilbao. In einem Betrieb wurden 90% der Arbeiter wegen des Streiks entlassen.

**USA:**

In Washington haben rund 300 ehemalige Teilnehmer am Vietnamkrieg die sofortige Einstellung der US–Hilfe für die Marionettenregime in Vietnam und Kambodscha gefordert. Auf einer Kundgebung vor dem Capitol in Washington forderten sie die strikte Einhaltung des Vietnamabkommens durch die USA.

Polizeikräfte gingen brutal gegen die Demonstranten vor. Die Teilnehmer der Kundgebung berichten, daß mehrere von ihnen verletzt wurden, weil die Polizei mit Motorrädern in den Demonstrationszug hineinraste.

Wie das statistische Amt der USA am 3. Juli bekanntgab, ist die Zahl der Armen weiter gestiegen. Im Jahr 1973 blieben ungefähr 23 Millionen Amerikaner, 1,5 Millionen mehr als im Vorjahr, mit ihrem Einkommen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze.

Prolétaires de tous les pays, nations et peuples opprimés, unissez-vous!




## Die Internationale kommunistische Bewegung ist stärker und einheitlicher denn je!

"Clarte et L'exploite", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Belgiens/Marxisten-Leninisten, entlarvt in seiner Nr. 49 die Anstrengungen trotzkistischer und neorevisionistischer Spalterorganisationen aus ganz Europa, eine "Internationale" der Parteifeinde aufzubauen. Die kleinbürgerliche, spalterische Ideologie dieser Zirkel ist uns aus den Schriften der "Gruppe Rote Fahne", die sich führend am Aufbau dieser "Internationale" beteiligt, wohlbekannt. Mit der Lüge, es gebe keine Einheit unter den marxistisch-leninistischen Parteien in aller Welt, leugnen sie, daß diese Einheit entstand im Kampf gegen den Verrat des modernen Revisionismus. Sie spielen sich auf als "Schöpfer" einer neuen, einheitlichen, internationalen Linie der kommunistischen Weltbewegung und öffnen in Wahrheit dem Revisionismus Tür und Tor. Sie basteln an einer neuen "Internationale", die nichts anderes ist als eine Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung. Zu diesem Zweck haben sich erst kürzlich wieder Spaltergruppen aus der Schweiz, Frankreich und Italien mit Vertretern der GRF zu einer Konferenz getroffen.

Die Kommunistische Partei Belgiens/Marxisten-Leninisten hat wie alle anderen Bruderparteien, diesen Spaltungsversuchen einen entschiedenen Kampf angesagt.

'Wir stellen fest", schreibt "Clarte et L'exploite", "daß keine dieser Gruppen entstanden ist aus der Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Tradition, sondern daß sie alle bürgerliche und kleinbürgerliche Ursprünge haben." Ziel dieser Spalter ist es, eine "Internationale der Parteifeinde" aufzubauen, im Kampf gegen die marxistisch-leninistischen Parteien in aller Welt. Doch dieser Versuch ist zum Scheitern verurteilt. "Trotz des revisionistischen Verrates", heißt es in "Clarte et L'exploite", wächst und erstarkt die internationale kommunistische Bewegung!"

## Marxisten-Leninisten der revolutionären Linken schliessen sich der KP Frankreichs/Marxisten-Leninisten an!

Im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in der Partei des Proletariats hat die französische Bruderpartei, PCMLF, einen neuen Sieg errungen. Der 2. Kongreß der "Revolutionären Linken(Marxisten Leninisten" beschloß mit einer Mehrheit von 92%, daß sich diese Organisation ab sofort der Führung der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten - Leninisten unterstellt. Die Genossen der "Revolutionären Linken (ML)" veröffentlichten eine Selbstkritik zu ihrer bisherigen Arbeit und eine Erklärung zu ihrem Schritt. Darin heißt es u.a.: "Wir wissen, daß die Genossen, die sich als erste in allen Punkten gegen die revisionistische Linie stellten, einen gerechten Kampf führten...Indem sie die Avantgardepartei des Proletariats gründeten, die geführt wird vom Marxismus - Leninismus und den Mao Tsetung-Ideen, haben sie der Arbeiterklasse einen großen Dienst erwiesen... Wir fassen den historischen Entschluß, die "Revolutionäre Linke(ML)" aufzulösen, die im Sommer 1972. gegründet wurde.

Diese Auflösung ist jetzt notwendig geworden, damit die Kämpfer der "Revolutionären Linken" einzeln den Schritt zur Vereinigung mit der Avantgarde gehen können."

## HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

**RADIO TIRANA**

| UHRZEIT | WELLENLÄNGE |
|---|---|
| **Das 1. Programm** | |
| 13.00 - 13.30 | 32 und 41 Meter |
| 16.00 - 16.30 | 32 und 41 Meter |
| 19.00 - 19.30 | 41 und 50 Meter |
| **Das 2. Programm** | |
| 14.30 - 15.00 | 32 und 41 Meter |
| 18.00 - 18.30 | 32 und 41 Meter |
| 21.30 - 22.00 | 41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle |
| **Das 3. Programm** | |
| 6.00 - 6.30 | 41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle) |
| 23.00 - 23.30 | 41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle) |

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



**RADIO PEKING**

| | |
|---|---|
| 19.00 - 19.30 | Immer: 43,7 42,8 |
| 21.00 - 22.00 | und 26,2 Meter |

## Staatsanwalt im Prozeß gegen Todesschützen von Erich Dobhardt:

# Erichs Tod - ein "Kunstfehler"

Das Dortmunder Landgericht war voller Polizei. An den Eingängen Polizeikontrollen, auf den Fluren Polizisten. Auch der Zuhörerraum war von Polizei besetzt: eine Klasse der Polizeischule Bochum war eigens herangefahren worden, die den Zuhörerraum so füllte, daß die Öffentlichkeit praktisch ausgeschlossen war.

Auf der Anklagebank saß einer der ihren: Polizeioberkommissar Diehl, der im August letzten Jahres den 17-jährigen Erich Dobhardt aus Dortmund erschossen hatte. Erich floh vor dem Polizeibeamten, um nicht wieder ins Fürsorgeheim zu müssen. Er starb mit einer Kugel im Rücken, erschossen aus 20 Meter Entfernung.

Zum Prozeß war es überhaupt nur gekommen, weil Erichs Vater auf einer Anzeige wegen vorsätzlicher Tötung bestand und die Empörung unter der Bevölkerung über die Erschießung Erich Dobhardts groß war: noch Wochen nach seinem Tod wurden Presse und Polizeipräsidium mit Protestbriefen überhäuft.

Doch der Staatsanwalt führte keine Anklage wegen vorsätzlicher, sondern wegen fahrlässiger Tötung. Einen „Kunstfehler im Gefahr-geneigten Beruf" nannte er die Erschießung des jungen Erich, einen Kunstfehler, weil Erich „kein Terrorist oder Schwerverbrecher" gewesen sei.

**Wenn es also um Revolutionäre, um Kommunisten geht, dann heißt es voll draufhalten, da ist das dann auch kein „Kunstfehler" mehr. Unser erschlagener Genosse Günter Routhier, die erschossene Revolutionärin Petra Schelm, Georg von Rauch und der erschossene Genosse Thomas Weißbecker, sie bestätigen die zynische Feststellung des Staatsanwaltes als nur zu wahr.**

**Aber auch Erich Dobhardt ist keinem „Kunstfehler" zum Opfer gefallen: Wie der Verteidiger des Todesschützen Diehl behauptete, hätte Diehl, wenn er nicht geschossen hätte, wegen Vernachlässigung seiner Dienstpflicht angeklagt werden können. Das zeigt, daß die Polizei als Teil des bürgerlichen Staatsapparates ausgerichtet und gedrillt ist auf den Schußwaffengebrauch, auf den hemmungslosen Einsatz gegen das Volk, gegen die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen. Die Erschießung Erich Dobhardts ist nicht anders als der Polizeimord an Genossen der RAF und an unserem Genossen Günter Routhier das Ergebnis des verschärften Polizeiterrors gegen das Volk.**

Das Urteil des Gerichts: 6 Monate auf Bewährung! Der Mörder soll nicht einmal hinter Gitter kommen. Aber wehe, wenn sich jemand bei Polizeieinsätzen gegen das brutale Vorgehen wehrt, wenn einem Polizisten auch nur ein Haar gekrümmt wird, dann reichen keine 6 Monate, gibt es keine Bewährung. Das ist die Justiz der herrschenden Klasse, der Schutz des Staatsapparats für seine Knüppel- und Schützengarde.

Wenn Todesschütze Diehl überhaupt angeklagt und verurteilt wurde, so nicht, weil die bürgerliche Klassenjustiz gegen das Morden der Polizei vorgehen will, sondern weil die Empörung, weil der Kampf der Bevölkerung eine Verurteilung unumgänglich machte. Diese Empörung, dieser Kampf aber wird durch das Urteil nicht aufgehalten werden, sondern wird erst recht weiter anwachsen.

Nieder mit dem Polizeiterror!

Vorwärts mit der KPD/ML zur sozialistischen Revolution!

# Todesanzeige

**Am 27. Mai starb Ginebra Luisa Grac, die Ehefrau und Kampfgefährtin von Julio Alvarez del Vayo. 35 Jahre kämpfte diese große Antifaschistin an der Seite ihres Mannes gegen die Unterdrücker ihres Volkes, gegen die faschistische Diktatur Francos und den US-Imperialismus.**

**Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten drückt Julio Alvarez del Vayo und dem spanischen Volk, für dessen Interessen Luisa Grac lebte und kämpfte, ihr tiefempfundenes Beileid aus.**

# Deine scharfe Waffe-ROTER MORGEN

**Genossen!**

**Die Nummern des ROTEN MORGEN, die über den Mord an Genossen Günter Routhier und über den Polizeiüberfall auf den Trauerzug am Tag der Beerdigung berichten, sind verboten.**

**Ebenfalls verboten ist die Dokumentation zum Mord an Genossen Routhier, sind Flugblätter und Plakate der Partei.**

**Das ist ein unverschämter Angriff auf die Freiheit der kommunistischen Agitation und Propaganda. Zugleich versucht die Bourgeoisie auf diese Weise, die Partei der Arbeiterklasse finanziell zu ruinieren. Jedes beschlagnahmte Exemplar des ROTEN MORGEN und der Dokumentation bedeutet auch einen finanziellen Verlust. Hinzu werden mehrere tausend Mark Gerichts- und Rechtsanwaltskosten kommen. Der Einspruch der Partei gegen die Beschlagnahmebescheide, die Prozesse gegen den Verleger und den früheren Chefredakteur des ROTEN MORGEN, gegen Verkäufer, die wegen des Vertriebs einer verbotenen Zeitung angeklagt werden sollen, kosten Geld.**

**Unterstützt den ROTEN MORGEN auch finanziell! Helft mit, den Versuch der Bourgeoisie, die Zeitung der Arbeiterklasse zu ruinieren, zunichte zu machen!**

**Spendet auf das Konto des ROTEN MORGEN, Postscheckkonto Dortmund, Nr. 417 06 – 466, oder auf das Konto Verlag G. Schubert, Stadtsparkasse Dortmund, Nr. 321 004 393.**

Bis Ende des Monats Juni gingen folgende Spenden auf das Konto des ROTEN MORGEN ein: 20. 5., B. M., Hamburg, 150 DM – 20. 5., W. F. L., Braunschweig, 50 DM – 22. 5., Stadtteilzelle Friedrichsort, Kiel, 5,20 DM – 22. 5., Arbeiterrunde MRW Mülheim, 50 DM – 22. 5., M., Oberhausen, 20 DM – 24. 5., OG Neumünster, 170 DM – 27. 5., Kunden des Thälmann-Buchladens Kiel, 410 DM – 27. 5., Kunden des Thälmann-Buchladens Kiel, 150 DM – 31. 5., Skatrunde „Revolution", Bielefeld, 20 DM – 31. 5., Skatrunde „Revolution", Bielefeld, 111 DM – 31. 5., Veranstaltung der OG Flensburg, 75 DM – 4. 6., P. P., Kiel, 200 DM – 5. 6., Veranstaltung in Stuttgart, 325 DM – 5. 6., B. M., Essen, 2,50 DM – 6. 6., OG Reutlingen, 305 DM – 10. 6., P. P., Hamburg, 10 DM – 10. 6., Hamburger Arbeiterfamilie, 40 DM – 10. 6., Gäste des „Alten Sängerheims", Hamburg, 80 DM – 11. 6., H. B., Kassel, 100 DM – 14. 6., Spenden bei Agitprop in Frankfurt, 28.30 DM – 14. 6. Kunden des Buchladens ROTER MORGEN, Westberlin, 125 DM – 25. 6., A. L., Bremen, 50 DM – 26. 6., Hochzeitsfeier in Münster, 17,75 DM – 27. 6., B. M., Essen, 6,90 DM.

SUMME: 2.501,65 DM.

# SOLIDARITÄTS-ADRESSEN




Liebe Genossen,

das Redaktionskollektiv von Humanite Rouge sendet Euch sein Beileid zur Ermordung des Genossen Günter Routhier durch die Polizei. Wir drücken Euch unsere tiefe Anteilnahme aus und teilen Eure Trauer und Euren Haß.

Dieser Mord ist ein neuer Beweis für die Tatsache, daß die Bourgeoisie vor keinem Verbrechen zurückschreckt, um ihre Interessen zu verteidigen, auch dann nicht, wenn sie sich eine „sozialistische" Maske umhängt.

Wir verbleiben mit den besten Wünschen des proletarischen Internationalismus!

S. Marty

★

Teure Genossen!

Tiefempfundenes Beileid zum Tod des Genossen Routhier.

Turkner/ML, Kennunen, Finnland, Helsinki.



Mit einem längeren Artikel und einem Photo des Genossen Günter Routhier drückte die KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI (M-L) NORWEGENS in ihrem Zentralorgan KLASSENKAMPEN ihre Solidarität anläßlich der Ermordung des Genossen Günter Routhier durch die westdeutsche Polizei aus.



**SOLIDARITÄTSADRESSE**

**Wir sind empört über den Polizeiterror im Arbeitsgericht Duisburg, durch den der Genosse Routhier sein Leben lassen mußte.**

**Wir trauern um Günter Routhier, und seinen Familienangehörigen gilt unsere aufrichtige Anteilnahme.**

**Seite an Seite im solidarischen Kampf mit dem kommunistischen Mannesmann - Kollegen Hanfried Brenner fiel der Genosse Routhier. Zusammen mit ihm kämpfte er gegen die bürgerliche Klassenjustiz, gegen den Ausschluß- und Entlassungsterror der Mannesmann-Kapitalisten und ihrer Helfershelfer im DGB-Apparat.**

**Als Gewerkschaftskollegen in der ÖTV werden wir in unserem Bereich verstärkt – das Vorbild von Genossen Routhier vor Augen – gegen die arbeiterfeindliche Politik der Gewerkschaftsbonzen im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen kämpfen.**

**Unser Kampf muß ausgerichtet werden auf den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse über die Herrschaft der Kapitalisten durch die sozialistische Revolution.**

**Rot Front!**

**Kollegen der Betriebsgruppe in der ÖTV an der Ruhr-Universität Bochum**

**Der Grußadresse fügen wir eine Spende von 35 DM für die Angehörigen des Genossen Routhier bei.**



**Am 28.6.74 verabschiedete die ORTSGRUPPE MÜNSTER DES DEUTSCHEN FREIDENKER-VERBANDES eine Protestresolution gegen die Ermordung des Genossen Günter. Darin heißt es unter anderem:**

**„Mit tiefem Abscheu und voller Haß verurteilen wir diesen brutalen, gezielten Polizeimord an einem Kommunisten. Der Haß der Bourgeoisie auf die Kommunisten machte vor dem Grab des Genossen nicht Halt. ..., sie scheuten sich nicht, vor den Augen der Angehörigen erneut jeden blutigen Terror zu entfalten, dem Genosse Günter zum Opfer fiel." Es heißt weiter, daß dieser Mord kein Einzelfall ist, daß vielmehr das Kapital seiner Polizeiarmee das Prügeln, Schießen, den Arbeitermord und die Liquidierung von Kommunisten und anderen Klassengegnern befohlen hat. Zum Schluß wird betont: „Doch sie haben die Rechnung ohne die Arbeiterklasse gemacht." Der Mord an Günter muß und wird gerächt werden! Kampf dem Polizeiterror!"**



**Heute haben wir die ROTE HILFE Böblingen/Sindelfingen gegründet. Wir haben das vor allem auch deshalb getan, weil wir an der brutalen Ermordung des Kommunisten Günter Routhier und an dem faschistischen Terror der Polizei und Staatsmacht bei seiner Beerdigung gesehen haben, daß wir jetzt und hier den Kampf aufnehmen müssen (...)**

**Weg mit der politischen Unterdrückung! Weg mit dem Kapitalismus! Vorwärts zu einer starken ROTEN HILFE DEUTSCHLAND! Vorwärts zum Sozialismus!**



**Weitere Solidaritätsadressen erreichten uns von einer Veranstaltung des "K"SV in Frankfurt am 19.6., von der Vollversammlung der Kieler Universität am 2.7.; von den Kliniken der Kieler Universität am 2.7.; von einer Feier des Nahost - Mittelostkomitees am 21.6.; vom Arbeitertreff der Betriebszelle Hoesch am 4.7.; von der Ortsgruppe Freiburg der KPD/ML; von der Deutsch - spanischen Freundschaftsgesellschaft Freiburg; von der Arbeiterrunde der Zelle MRW Mülheim; von einer Veranstaltung des "K"SV am 21.6. im Audi-Max der TU Westberlin; von der Veranstaltung der ROTEN HILFE Marburg am 21.6.; von einer Veranstaltung des 'K"SV am 25.6. an der Pädagogischen Hochschule Westberlin, von der Fachschaftsvollversammlung der Medizin-Klinik der Universität Würzburg am 27.6.1974.**

**Liebe Genossen!**

**Vielleicht könnt ihr beiliegendes Gedicht verwenden, vielleicht es auch den Angehörigen von Günter Routhier zustellen...**

**Dankbar wäre ich, wenn ihr mir weiteres Material über den genauen Hergang – eventuell über eine spätere Untersuchung schickt – auch, falls ihr noch was über Günter Jendrian, München, habt. Oder andere Fälle. Wir brauchen das hier.**

**Vielleicht wißt ihr, daß ich dieses Jahr, im Januar, einen Gerichtsfall hatte, weil ich im Zusammenhang mit Georg v. Rauch die Berliner Polizei des Vorbeugemordes beschuldigt hatte. Ich wurde freigesprochen. Ansonsten bin ich Schriftsteller, engagiert (Vietnam, Entlarvung der Zionisten usw.), gehöre aber keiner Partei an.**

**Wenn ihr das Gedicht verwendet, bitte Belegexemplar. Für euch kein Honorar – aber Funk, falls ers bringt, soll zahlen. Das könnte man für Routhiers Angehörige oder für die Veröffentlichung der Sache verwenden.**

**Schöne Grüße und gute Wünsche**

**Erich Fried**

**London**

**MÄRCHENSTUNDE**

**Zum Andenken an Günter Routhier, gestorben in der Universitätsklinik Essen, am 18. Juni 1974, an Verletzungen (Gehirnblutung), die ihm von Beamten der Politischen Polizei in Duisburg am 5. Juni zugefügt wurden, die bei einer Arbeitsgerichtsverhandlung gegen die Zuschauer unter Gewaltanwendung vorgingen.**

**Da hat einer versucht,**
**einige Polizisten**
**von einem der schon am Boden lag**
**abzuhalten**
**mit wiederholten Rufen:**
**"Mein Vater stirbt"**
**Darauf ein Polizist:**
**"Märchenstunde ist morgen."**

**Aber das Märchen ist das**
**von der Pflichterfüllung**
**der Polizei**
**und die Wahrheit**
**ist blutige Wahrheit**

**Die wahren Märchenerzähler**
**sind die die Märchen**
**für wahr ausgeben**
**und die Wahrheit**
**für blutige Märchen**

**Wenn die Märchenstunde**
**erst morgen ist**
**soll vielleicht heute**
**nur Stimmung gemacht werden**
**für diese Märchenstunde**

**Wird es wieder**
**ein deutsches**
**Volksmärchen sein?**
**Wer wird es wem erzählen?**
**Und wie wird es enden?**




**SOLIDARITÄT MIT GENOSSEN GÜNTER ROUTHIER**
**Wandzeitung an der Frankfurter Universität**

Die Wahrheit über den politischen Mord an dem Genossen Günter Routhier und die zunehmende Faschisierung des Staatsapparates wurde auch bei uns in der Kaserne des Heimatschutzkommandos in Putlos in Oldenburg in Holstein verbreitet. Dafür sorgten die Plakate und die Aufkleber der Partei und die Diskussionen mit den Kameraden. Während der Spieß den MAD einschalten wollte, waren die Kameraden, mit denen ich sprach, alle über das faschistische Vorgehen der Polizei empört. Sieben Kameraden meiner Kompanie unterschrieben sofort folgende Resolution an den RM:

**„Hiermit protestieren wir aufs Schärfste gegen den politischen Mord an dem Genossen Günter Routhier, der von der Polizei erschlagen wurde, und gegen den faschistischen Polizeiüberfall gegen den Trauerzug zur feierlichen Beisetzung des Genossen. Dieser blinde Terror der Herrschenden wird bestimmt auf ihre eigenen Füße zurückfallen. Denn der Widerstand und die Empörung der Arbeiterklasse, aller Werktätigen und fortschrittlichen Menschen wird beständig anwachsen."**

Einige Kameraden lasen zum ersten Mal den RM. Einer von ihnen wollte sich daraufhin sofort den Roten Morgen bestellen. In den Gesprächen wurde auch klar, daß immer mehr Kameraden den Charakter der Bundeswehr als imperialistisches Unterdrückungsinstrument erkennen und nicht bereit sind, sich für die Interessen der Imperialisten mißbrauchen zu lassen.

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland! Im Ernstfall drehen wir die Gewehre um!

Rot Front!

Ein Soldatengenosse des Heimatschutzkommandos, 2. Kompanie.

# Interview mit Heinz Baron

Am 16.7. beginnt in München der Berufungsprozeß gegen den Genossen Heinz Baron. Genosse Heinz war im letzten Jahr zu 16 Monaten Ge- Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden; das allein aus dem Grund, weil er, wie Tausende mit ihm, am Roten Antikriegstag 1972 in München unter Führung der Partei gekämpft hatte.

Der ROTE MORGEN sprach eine Woche vor Prozeßbeginn mit dem Genossen Heinz.

**RM: Am 16.7. wirst Du in München wieder vor Gericht stehen. In 11 Prozessen gegen Teilnehmer des Roten Antikriegstages sind bisher 11 Jahre Gefängnisstrafe verhängt worden. Zu 18 Monaten, der höchsten Strafe, wurde Genosse Sascha verurteilt, ein deutscher Rotgardist mit persischer Staatsangehörigkeit. Er ist weiterhin von Abschiebung an die persischen Henker bedroht. Und immer noch rollt die Bourgeoisie nach Photos von der Demonstration neue Verfahren auf. So wurde Genosse Volker N. am 8. Mai dieses Jahres im Betrieb festgenommen und erhielt eine Anzeige wegen Teilnahme an dieser Demonstration. Warum entfaltet die Bourgeoisie gerade anläßlich dieser Demonstration einen solchen Terror?**

**Genosse Heinz:** Am 1. September 1972 jährte sich zum 33. Mal der Tag des Überfalls der Hitlerfaschisten auf Polen. Dieser Tag, der Beginn des zweiten Weltkrieges, ist für jeden Kommunisten eine Verpflichtung, gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen. Die Bereitschaft dazu haben am Roten Antikriegstag zusammen mit unserer Partei und der ROTEN GARDE rund 6 000 vor allem junge Menschen bewiesen.

**RM: Die Bourgeoisie hatte München mit einer Bannmeile belegt...**

**Genosse Heinz:** Die Bourgeoisie wollte verhindern, daß diese Demonstration vor der Weltöffentlichkeit durchgeführt wurde. Deshalb hat sie das von der Arbeiterklasse erkämpfte Recht der Demonstrationsfreiheit einfach für nichtig erklärt und wollte uns nur abseits von der Bevölkerung demonstrieren lassen.

Die Massen unter Führung der Partei haben darauf die richtige Antwort gegeben und sich das Recht auf die Straße erkämpft. So, durch die revolu-




tionäre Gewalt, haben sie ein wichtiges Recht der Arbeiterklasse verteidigt, anders als die Revisionisten der D"K"P oder der GRF, die lauthals nach "Verteidigung der Demokratie" schreien, aber ihre Kritik lieber schriftlich einreichen, wie der Genosse Ernst Aust es einmal sagte.

**RM: Heute haben sich die Klassenkämpfe weiter verschärft. Wie wirkt sich das auf die politischen Prozesse aus?**

**Genosse Heinz:** Die Durchführung politischer Prozesse und die Urteile haben sich seit dem vorigen Jahr entscheidend verschärft. Wurden im vorigen Jahr die Zuhörer noch lediglich nach Waffen durchsucht und sollten sie durch große Polizeiaufgebote abgeschreckt werden, an den Prozessen teilzunehmen, so ist es jetzt schon fast die Regel geworden, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen und aus dem Saal geprügelt wird. Genosse Günter Routhier ist bei einem solchen politischen Arbeitsgerichtsprozeß kaltblütig ermordet worden.

Das liegt einerseits daran, daß die Massen nicht mehr bereit sind, die Terrorurteile einfach hinzunehmen, und andererseits daran, daß die Bourgeoisie mit aller Gewalt ihre Schandtaten verheimlichen will, was ihr natürlich nicht gelingen kann.

Während die Bourgeoisie ein grosses Geschrei anhebt, die unter der Kontrolle der Massen durchgeführten Moskauer Prozesse in der damals sozialistischen Sowjetunion seien "Schauprozesse" gewesen, ist sie selber immer mehr gezwungen, ihre Prozesse hinter verschlossenen Türen zu führen, um zu verbergen, daß ihre angeblich "im Namen des Volkes' verkündeten Urteile gegen das Volk gerichtet sind.

So wurde der Polizist Diehl, der Erich Dobhard erschossen hat, nur zu 6 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Im Fall Thomas Hytrek ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen "Unbekannt'. Der Mord an Genossen Günter Routhier wird überhaupt nicht untersucht. Im Gegenteil, es wird verfolgt, wer die Tatsachen beim Namen nennt.

**RM: Genosse Heinz, Du bist im ersten Prozeß zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das ist ein Terrorurteil, gegen das die Partei gekämpft hat, gegen das sie auch heute kämpft. 'Freispruch für den Genossen Heinz Baron' ist nach wie vor die Forderung der Partei. Aber wir wissen, daß es auch Dir nicht hauptsächlich um einen Freispruch geht.**

**Genosse Heinz:** Es gibt zwei Möglichkeiten, einen politischen Prozeß zu führen. Man kann zu Kreuze kriechen und seine Überzeugung über Bord werfen oder man führt den Prozeß revolutionär und macht das Gericht zu einer Tribüne des Klassenkampfes. Die erste Möglichkeit scheidet für einen Kommunisten aus!

# Geheimjustiz gegen Rechtsanwalt Lang

Am Montag, dem 1. Juli 1974 war der zweite Prozeßtag im Strafverfahren gegen den Rechtsanwalt J.Lang. Rechtsanwalt Lang soll einen Staatsanwalt "beleidigt" haben, weil er ihm während eines Antikriegstags-Prozesses Rechtsbeugung nachwies. Nachdem Rechtsanwalt Lang gegen einen Strafbefehl über 1000 DM Einspruch erhoben hatte, mußte das Gericht einen Prozeßtermin anberaumen.

Am 2. Prozeßtag erschien Rechtsanwalt Lang mit seinen Verteidigern pünktlich im Gerichtssaal. Die Verhandlung war für 14.00 Uhr angesetzt worden. Wer aber nicht erschien, war das Gericht. Nach einer Stunde vergeblichen Wartens gaben sie es schließlich auf und verließen das Gerichtsgebäude, jedoch nicht ohne der Richterin einen Zettel zu hinterlassen, daß Rechtsanwalt Lang in seiner Praxis zu erreichen sei.

Eine Viertel Stunde später erschien Richterin Vollmer, stellte unverfroren fest, daß der Angeklagte nicht zum Prozeß erschienen sei und deshalb sein Einspruch gegen den Zahlungsbefehl hinfällig geworden sei.

**Dies Vorgehen ist eine offene Schikane gegen Rechtsanwalt Lang, ist der unerhörte Versuch, die Prozeßverhandlung zu umgehen, wie das mit ähnlichen Methoden auch bei unserem Genossen Ernst Aust versucht worden ist. Rechtsanwalt Lang hat mit seinen Verteidigern sofort die Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand, daß heißt den Neubeginn des Prozesses beantragt, zugleich Berufung eingelegt und gegen das unverschämte Vorgehen der Richterin Vollmer eine Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben.**

# Freispruch für die drei spanischen Antifaschisten und Patrioten!

**Am 23.7.1974 beginnt vor dem Amtsgericht in Düsseldorf der Prozeß gegen drei spanische Antifaschisten und Patrioten. Sie wurden am 4.3. nachts auf der Straße festgenommen, weil sie angeblich einen Sprengstoffanschlag auf ein spanisches Reisebüro in Düsseldorf planten. Die einzigen "Beweise" dafür sind zwei Molotowcocktails, die ihnen die Polizei unterschob.**

Unter billigen Vorwänden wurden die drei Spanier bis heute in Haft gehalten. Als am 25.6. die Ehefrau eines Gefangenen ihren Mann besuchen wollte, wurde ihr mitgeteilt, daß alle drei verlegt worden seien. Inzwischen ist bekannt, daß man die drei Spanier nach Duisburg, Wuppertal und Dinslaken gebracht hat. Diese Verlegung kurz vor dem Prozeß ist ein offensichtlicher Versuch die seit Monaten anwachsende Solidarität mit den drei Spaniern aufzuhalten, Besuche bei den Gefangenen zu erschweren.

Über die Pläne der bürgerlichen Klassenjustiz kann kein Zweifel bestehen. Einer der Angeklagten ist in Spanien bereits wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Gegen ihn besteht weiter ein Haftbefehl.

Ein Antrag auf politisches Asyl wurde 1972 abgelehnt. Auf seinen Widerspruch erhielt er bis heute keine Antwort. Eine Verurteilung in diesem Prozeß soll darum für die westdeutschen Imperialisten der Vorwand sein, den sie brauchen, um drei spanische Antifaschisten an Franco und seine Oberherren, die US-Imperialisten, auszuliefern. Es gibt nur ein Mittel, dieses geplante Verbrechen zu verhindern: Der verstärkte Solidarität!

FREIHEIT FÜR DIE DREI SPANISCHEN ANTIFASCHISTEN UND PATRIOTEN

# WEG MIT DEM AUSBILDUNGSVERBOT!

Meinhard S., 1971 presserechtlich verantwortlich für Flugblätter des KSB/ML Bochum, erhielt vor wenigen Tagen einen Brief vom Oberlandesgericht Hamm mit der Erklärung, sein Antrag auf Ernennung zum Rechtsreferendar sei abgelehnt – mit Zustimmung des Justizministers von Nordrhein-Westfalen.

Das heißt: Meinhard S., der vor einem dreiviertel Jahr sein Jurastudium beendete, kann nicht Rechtsanwalt werden. Er darf seine Ausbildung nicht beenden. Die Bourgeoisie verschärft das Berufsverbot gegen Kommunisten und Revolutionäre im Staatsdienst noch weiter zu einem Ausbildungsverbot.

Der Ablehnungsbescheid, den Genosse Meinhard erhielt, zeigt: Der Klassenfeind unterscheidet sehr genau zwischen seinen Freunden uns seinen Feinden. Nicht, daß die Flugblätter des KSB/ML den Sozialismus propagierten, macht Genossen Meinhard der Bourgeoisie verdächtig. Genosse Meinhard darf nicht weiterstudieren, weil die Flugblätter des KSB/ML die revolutionäre Gewalt propagieren, die bewaffnete Revolution als den einzigen Weg zum Sozialismus.. Es ist kein Wunder, daß das Oberlandesgericht Hamm als Ablehnungsbegründung gerade ein Flugblatt zitiert, in dem die konterrevolutionäre Ideologie der modernen Revisionisten entlarvt wird: "Daß die von Ihnen erstrebten Ziele nicht mit demokratischen Mitteln,etwa durch Reformen, sondern durch gewaltsame Maßnahmen erreicht werden sollen. " wirft die Bourgeoisie Genossen Meinhard vor. Genau das macht die Kommunistische Partei und ihre Jugendorganisation zum Todfeind der Bourgeoisie!

Reform oder Revolution die Bourgeoisie weiß, daß hier die Scheidelinie im Klassenkampf verläuft. Wer, wie die modernen Revisionisten der D"K"P, vom Sozialismus redet und gleichzeitig den Kampf um die Diktatur des Proletariats mit Lügengeschwätz von 'Reformen und friedlichem Übergang" sabotiert, der ist ein Freund, ein Helfershelfer des bürgerlichen Staatsapparates. Es ist kein Wunder, daß ausgerechnet zwei Jurastudenten, die zur D"K"P gehören und die zusammen mit Meinhard als "verdächtig" überprüft wurden, als Rechtsreferendare in den Staatsdienst übernommen wurden.

**Genosse Meinhard wird nicht eingestellt, weil er den Marxismus-Leninismus praktiziert und nicht den modernen Revisionismus!**

SOFORTIGE EINSTELLUNG VON MEINHARD S. ALS RECHTSREFERENDAR!

Fortsetzung von Seite 2

Der Gerichtsarzt, der damals Ernst untersucht hatte, wurde als Zeuge verhört. Er gab zu, daß er Ernst nicht davon informiert habe, daß er ihn verhandlungsfähig geschrieben habe. Und zudem, daß die Kopfschmerzen des Genossen Ernst Aust nicht nachprüfbar für ihn gewesen wären. **„Wenn ich jemanden verhandlungsfähig schreibe, kann es passieren, daß er am nächsten Morgen tot umfällt, das ist mein Risiko. Das ist mein Job." Jawohl, dafür bekommt dieser Herr bezahlt. Ein Handlanger, dem es egal ist, was den Angeklagten passiert.**

In seinem Plädoyer versuchte der Staatsanwalt sich als neutral hinzustellen, indem er die KPD/ML als „Haufen von Extremisten und Fanatikern der einen Richtung" bezeichnete und Thadden mit seiner NPD als die andere Richtung, die beide von ihm als Vertreter des Staates gemäßigt werden müßten. Er forderte, daß das Urteil gegen Ernst bestehen bleiben und der Prozeß nicht noch einmal aufgerollt werden sollte. Offene Empörung schlug ihm aus dem Saal entgegen.

Genosse Ernst Aust hob in seinem Schlußwort hervor: **„Wir sind keine Fanatiker, keine Extremisten wie der Staatsanwalt das hinstellen will, sondern wir sind ganz normale Menschen, die sich aufregen, wenn jemand erschlagen wird. „Wenn Ihr Bruder erschlagen wird", wandte sich Genosse Ernst an Richter und Staatsanwalt, „regen Sie sich dann nicht auf? Aber es war nicht Ihr Bruder, der erschlagen worden ist, sondern es war Ihr Klassenbruder, der ihn erschlagen hat.**

**Im Übrigen ist es nicht die NPD, von welcher der Faschismus ausgeht, sondern das sind Sie und Ihre Klassenbrüder: die Justiz, die Polizei, der Staatsapparat, die versuchen, mit den Mitteln des Terrors und Mords ihre kapitalistische Diktatur über die Arbeiterklasse, über das Volk aufrecht zu erhalten, die Faschisierung voranzutreiben.**

**Sie behaupten, im Namen des Volkes Anklage zu erheben und zu urteilen? Fragen Sie doch das Volk! Es hat durch seinen Beifall hier gezeigt, welcher Meinung es ist. Von Ihnen erwarte ich keine Gerechtigkeit.**

**Aber eines Tages, Herr Staatsanwalt, da werden Sie und Ihre Brüder hier auf diesem Stuhl sitzen und das Volk wird dort oben sitzen, wo Sie jetzt sind, das ist gewiß! Und dann wird geurteilt werden!**

Betroffen von der Rede des Genossen Ernst Aust, betroffen von dem lauten Beifall der Zuschauer im Saal, zog sich das Gericht zur Beratung zurück, Das Urteil: das vorherige Verfahren, das unter Ausschluß von Genossen Ernst Aust stattgefunden hatte, wird aufgehoben, der Prozeß neu aufgerollt.

Als die Genossen im Saal die Internationale anstimmten, verließ das Gericht fluchtartig den Sitzungssaal. Die Partei hat einen Erfolg errungen: es wird einen politischen Prozeß geben, den die Partei mit ihrem Vorsitzenden Genossen Ernst Aust als Ankläger in ein Tribunal gegen Polizeiterror und Faschisierung verwandeln wird.



## KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

**MÜNCHEN**

Am 2.7. begann vor dem Landgericht in München ein Prozeß gegen Genossen Werner Lukas wegen 'Billigung von Verbrechen". Genosse Lukas war presserechtlich Verantwortlicher für ein Flugblatt der KPD/ML zu dem Massaker in Fürstenfeldbruck, in dem auch auf eine Flugzeugentführung arabischer Freiheitskämpfer eingegangen wurde. In diesem Prozeß wie schon im Werkschutzprozeß kurz vorher geht es der bürgerlichen Klassenjustiz weniger darum, Genossen Lukas zu verurteilen, weil ein bestimmtes Flugblatt der KPD/ML die Bourgeoisie getroffen hat. Die Zeugen der Staatsanwaltschaft sind fast alle nur zu dem Zweck geladen, um auszusagen, daß Genosse Lukas aktiv für die KPD/ML eintritt und presserechtlich Verantwortlicher für ihre Publikationen war. So wie in Duisburg in diesen Tagen Flugblattverteiler festgenommen werden, allein deshalb, weil sei ein Flugblatt der KPD/ML verteilen, so soll Genosse Lukas verurteilt werden, allein deshalb, weil er Flugblätter der KPD/ML presserechtlich verantwortlich unterzeichnet hat. Dieser Versuch, die Agitation und Propaganda der Partei zu illegalisieren, muß entschlossen bekämpft werden. Der Prozeß gegen Genossen Lukas wird am 11.7. fortgesetzt.

**WÜRZBURG**

Am 12.6. wurden in Würzburg 9 Zellerauer Jugendliche wegen "gefährlicher Körperverletzung" zu Strafen von 1 Wochenende Jugendarrest über hohe Geldstrafen bis zu 6 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Die Jugendlichen hatten an die Scheibe einer Gaststätte geklopft, in der Polizisten saßen und waren dann weitergegangen. Als die Polizisten (6 Mann Bereitschaftspolizei in Zivil) aus der Kneipe kamen, sahen sie noch 4 Jugendliche vor sich, von denen sie einen zu Boden schlugen. Darauf kamen die anderen zurück und eilten ihnen zu Hilfe. 3 Zeugen sagten vor Gericht aus, daß die zivilen Polizisten die Jugendlichen überfielen. Ein Polizist verriet sich. Für den Richter waren das alles "Beweise", daß die Jugendlichen Polizisten "grundlos angegriffen haben."

# Polizeiterror soll Mord vertuschen

Fortsetzung von Seite 1

bild, das die kapitalistische Hetzpresse täglich von den Kommunisten zeichnet. Spontane Reaktion: Einer von uns, der den Krieg mitgemacht, sein Lebtag malocht hat und knapp über vierzig kaputtgeschrieben wurde.

Warum ging er zu dem Duisburger Arbeitsgericht, worum ging es und was ging es ihn an? Herbst 73: Die Mannesmänner im Werk Huckingen sind zum Kampf entschlossen, bei verschärfter Arbeitshetze von Monat zu Monat weniger an realer Kaufkraft in der Tüte. Die Kollegen treten in den Streik, aber die Streikfront bricht durch den schändlichen Verrat der D'K'P-Revisionisten und der verräterischen Betriebsratsclique um Knapp zusammen. 22 Kollegen werden entlassen. Der Kommunist Hanfried Brenner entlarvt auf einer Betriebsversammlung den revisionistischen Verrat und ruft zum Streik für die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen auf. Wenig später wird er selbst entlassen, die Polizei führt ihn von seinem Arbeitsplatz ab.

Darum ging es bei diesem Arbeitsgerichtsprozeß. Der Kommunist Günter Routhier war bei diesem Prozeß kein unbeteiligter Zuschauer. **Empört über die tiefe Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse im Kapitalismus, begeistert vom Kampf für die soziale Befreiung der Arbeiterklasse, für die proletarische Revolution, für den Sozialismus, kannte er seinen Platz.** Obwohl schwer krank, tritt er den Polizisten, die über die Freunde und Genossen im Gerichtssaal herfallen, entgegen. Die Polizisten mißhandeln ihn so schwer, daß er 14 Tage später seinen tödlichen Verletzungen erliegt: Erschlagen für die Interessen der Kapitalisten.

Günters Tod steht nicht nur für den Terror der Bourgeoisie, er steht vor allem für den Kampf des Volkes, für die Tatsache, daß unsere Partei sich immer enger mit den Kämpfen des Volkes verbindet.

**Darum müssen die Kapitalisten und ihr Staatsapparat unseren Genossen Günter Routhier noch fürchten, nachdem sie ihn ermordet haben.** Mit allen Mitteln versuchen sie zu verhindern, daß die Wahrheit über den Mord an Günter bekannt wird. Noch vor seiner Beerdigung werden über 80 Genossen festgenommen, die die Wahrheit über den Mord verbreiteten. **Aber der Kampf der Partei durchbricht die Mauer des Schweigens, die der Terror der Polizei errichten sollte.** Im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin, über die Grenzen unseres Landes hinaus, dringt die Wahrheit zu den Werktätigen: Die Polizei hat den Kommunisten Günter Routhier erschlagen.

**Der Kampf der Partei hat der Bourgeoisie einen schweren Schlag versetzt. Vielen Menschen wurde an der Ermordung des Genossen Routhier endgültig klar, daß sich hinter der Fassade von ‚Demokratie und Rechtsstaatlichkeit' die Diktatur der Kapitalistenklasse verbirgt, viele erkannten, daß die Kapitalistenklasse nicht der Reform weichen wird, sondern nur durch die gewaltsame Revolution gestürzt werden kann. Für manche wird dieser Mord zum entscheidenden Anlaß: Sie schließen sich der Partei an.**

Die breite Welle der Empörung und der Solidarität machte die Beerdigung des Genossen Routhier für die Bourgeoisie zu einer großen Gefahr. Es war kalkuliert und geplant, als sie den Trauerzug, diese Manifestation der proletarischen Klassensolidarität und des Klassenhasses, gewaltsam zerschlagen ließ und es war gut vorbereitet: Am selben Abend zeigt das Fernsehen ein großes Schlachtermesser, das angeblich bei den ‚Demonstranten' gefunden worden sein soll. „Bild" vom 26.6.: „Die Polizei stellte bei den Linksradikalen das Waffenarsenal einer Bürgerkriegsarmee sicher: 300 Latten, Besenstiele, Knüppel, Eisenrohre, spitzgefeilte Schraubenzieher, Messer, Kupferkabel, Gaspistolen, Schlachtermesser.' Eine nordrheinwestfälische Lokalzeitung: „Während der Beisetzung forderten die Demonstranten in Flugblättern, Zeitungen und Plakaten den Tod eines Polizisten als Vergeltung."

Das ist nichts anderes als der altbekannte Ruf des ertappten Diebes: Haltet den Dieb. **Nicht die Mörder, sondern die um den Ermordeten trauern, sind die Verbrecher.** Dieser Lügenfeldzug von Polizei und kapitalistischer Lügenpresse soll die Massen in ihrer Empörung über den Mord und den Polizeiüberfall auf den Trauerzug verunsichern, soll eine breite Solidarisierung verhindern, soll die Bürgerkriegseinsätze, den Terror der Polizeitruppen „rechtfertigen'. Aber die Wahrheit ist, daß ein friedlicher Trauerzug mit brutaler Gewalt überfallen wurde, daß die Polizei schon zuvor präparierte Waffen als „Mordwerkzeuge" der Demonstranten präsentierte, daß serienmäßige Fahnenstangen dummdreist als Schlagwaffen bezeichnet werden.

**Diese Manöver verraten die Angst der Bourgeoisie vor der Empörung der Massen. Massiver Terror soll die Wahrheit erneut erstikken. Der Kampf der Partei wird ihn brechen.**



Stand der KPD/ML vor Hoechst.

## Kissinger in München

# Schützenpanzer unter der Ehrenloge

**München am 7. 7., dem Tag des Endspieles um die Fußballweltmeisterschaft: „Heute ist es der Nabel der Welt, das Mekka der Mächtigen" – jubelt „Bild am Sonntag". Und frohlockt über den „Star unter den Sternen", Henry Kissinger. Aber auch fettgedruckte „Bild"-Lettern vermögen die Wirklichkeit nicht nach den Wünschen der westdeutschen Imperialisten zurechtzubiegen. Weder liegt die Münchner Bevölkerung „Henry, dem Vielgeliebten" zu Füßen, noch ist München, ist Westdeutschland auf der politischen Bühne zum „Nabel der Welt" für den US-Imperialismus geworden.**

Längst sind Weltreisen für die Herren der imperialistischen Länder keine ungetrübte Freude mehr. Und besonders nicht für Männer wie Nixon oder Kissinger, Breschnew oder Kossygin. Verstärkte Polizeiposten vor dem amerikanischen Konsulat in München; vier Schützenpanzer unter der Tribüne für die „Ehrengäste"; auf dem Stadiondach Scharfschützen; 30 im Nahkampf ausgebildete Polizisten, mit feuerbereiter Maschinenpistole, einer Armeepistole an der Hüfte und einem Fallschirmjägermesser im Stiefel neben der Ehrentribüne; vom frühen Morgen an Polizeihubschrauber in der Luft, 3.000 Polizisten im Einsatz – deutlicher als mit diesem Gorillaaufgebot können Kissinger und die anderen Staatsoberhäupter nicht zeigen, daß sie von der Münchner Bevölkerung alles andere als Ovationen zu erwarten haben.

Aber genausowenig wie Kissinger als „vielgeliebter Freund" der Münchner Bevölkerung kommt, genausowenig kommt er als „armer Pilger" zu den westdeutschen Imperialisten. Kissinger kommt als Vertreter einer Supermacht, er kommt als einer der Befehlshaber über die 250000 amerikanischen Soldaten auf deutschem Boden. Er kommt, um nach dem Gipfeltreffen zwischen Nixon und Breschnew, die westdeutschen Imperialisten daran zu erinnern, daß bei der immer offener zu Tage tretenden Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Vorherrschaft in der Welt, ihr Platz an der Seite der US-Imperialisten zu sein hat.

Nein, das Bild vom „berühmtesten Bürger Fürths" im Münchner Olympiastadion wird das deutsche Volk so wenig täuschen wie die Freundschaftspose von Nixon und Breschnew in Moskau. Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution und der Sozialismus. Das zeigt schließlich und endlich auch die Tatsache, daß selbst beim Besuch eines Fußballspieles für Kissinger „Sicherheit über alles" geht.

## Kampf dem reaktionären Ausländergesetz!

# Zentrale Demonstration in Köln

**Am 13. Juli wird in Köln eine zentrale Demonstration stattfinden gegen die politische Unterdrückung fortschrittlicher Ausländer und ihrer Organisationen. Unmittelbarer Anlaß zu dieser Demonstration ist der Mord an dem türkischen Arbeiter und Antifaschisten Neset Danis. Wie der ROTE MORGEN berichtete, wurde Neset Danis am 5. Mai in Hamburg von Faschisten – unter ihnen der türkische Konsulatsangestellte Özcanoglu – so zusammengeschlagen, daß er an den Verletzungen starb. Die westdeutschen Imperialisten machen gemeinsame Sache mit der Mörderbande: Sie verhaften die Freunde von Neset Danis und schützen seine Mörder.**

Im Kampf gegen die verschärfte Unterdrückung fortschrittlicher und revolutionärer Ausländer und ihrer Organisationen hat sich ein breites Aktionsbündnis zusammengeschlossen. Unsere Partei hat den gemeinsamen Aufruf unterzeichnet und ruft auf zur Demonstration am 13. 7. in Köln, zusammen mit den Organisationen Patriotische Einheitsfront der Türkei, ATÖF, CISNU, ROTE GARDE, ROTE HILFE, FRAP, Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes und anderen fortschrittlichen Organisationen. Der gemeinsame Aufruf betont: „Die Wahrheit ist, daß die westdeutsche Polizei mitschuldig ist an der Ermordung des Patrioten Neset Danis, daß die westdeutsche Polizei die Faschisten offen unterstützt und mit ihnen eng zusammenarbeitet."

Diese Zusammenarbeit zeigt sich nicht nur im Mord an Neset Danis! Am 3. und 4. Mai wurden die Patrioten Ömer Özerturgut, Mustafa Tukun, Hatice Yurtdas und Yüksel Ugurlu verhaftet, weil sie angeblich einer „kriminellen Vereinigung" angehören sollen. Mit der gleichen Begründung sitzen die türkischen Patrioten Yildirim Dagyeli und Himmit Subasi seit Monaten in Untersuchungshaft. **„Bei den Verhafteten handelt es sich ausschließlich um Personen, die durch ihre fortschrittliche Tätigkeit bekannt sind. Einer der Verhafteten, Ömer Özerturgut, war der Herausgeber der marxistisch-leninistischen Zeitschrift „Proleter Devrimci Aydinlik" (Proletarisch-revolutionäres Licht) und der Massenzeitung „Isci Köylü" (Arbeiter–Bauern). (...) Die anderen Verhafteten sind durch ihre Tätigkeit in der BRD bekannt."**, heißt es im Aufruf.

„Der Vorwurf ‚kriminell' ist nur ein Vorwand der Bourgeoisie, um die politische Unterdrückung fortschrittlicher Ausländer zu vertuschen. Er wird auf alle fortschrittlichen Ausländer angewandt. 1972 wurden die demokratischen Massenorganisationen palästinensischer Arbeiter (GUPA) und Studenten (GUPS) mit diesem Vorwand verboten und ihre Mitglieder abgeschoben. Vor 2 Monaten wurden in Westberlin 2 Palästinenser verurteilt und abgeschoben. Im März wurden drei spanische Antifaschisten verhaftet, mit dem Vorwand, sie hätten einen Anschlag auf ein spanisches Reisebüro in Düsseldorf verübt."

Der Aufruf betont den Zusammenhang zwischen dieser politischen Unterdrückung antifaschistischer und antiimperialistischer Ausländer und ihrer Organisationen und dem verschärften Polizeiterror in der DBR: „Die Ereignisse der letzten Wochen: Deckung der Mörder von Neset Danis, Ermordung des Taxifahrers Günter Jendrian, Mordversuch an dem Schüler Thomas Hytrek, die Ermordung des kommunistischen Arbeiters Günter Routhier, gewaltsame Auflösung friedlicher Demonstrationen, brutale Niederknüppelung des Trauerzuges für Günter Routhier, umfangreiche Bürgerkriegsmanöver der Polizei, dies alles zeigt, wer eigentlich kriminell ist. Kriminell ist die westdeutsche Bourgeoisie und ihr Staatsapparat, die das Volk unterdrücken!"

WEG MIT DEM REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZ!
DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER – EINE KAMPFFRONT!
NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!
UNTERSTÜTZT DEN KAMPF DER VÖLKER FÜR TÜRKEI FÜR VOLKSDEMOKRATIE UND UNABHÄNGIGKEIT!

KOMMT ZUR DEMONSTRATION IN KÖLN AM 13. 7.



## Parteibüros der KPD/ML

**BIELEFELD:**
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

**BREMEN:**
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa 9 – 13 Uhr.

**DORTMUND:**
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

**HAMBURG:**
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

**HANNOVER:**
Elisenstr. 20.

**KIEL:**
Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

**LÜBECK:**
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

**MANNHEIM:**
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

**MÜNCHEN:**
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

**STUTTGART:**
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

**WESTBERLIN:**
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 462 60 18 Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.